



DIE LINKE.

Patrick Humke-Focks, MdL

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum
Geismarlandstr. 6
37083 Göttingen

Tel. 05 51-77 08 004

kv@dielinke-goettingen.de

Wahlkreisbüro Göttingen

Matthias Voigt
Obere-Masch-Str. 22
37073 Göttingen
Tel. 05 51-770 80 02
info@patrick-humke-focks.de

Büro in Hannover

DIE LINKE. Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel. 05 11-30 30 35 04
patrick-marc.humke-focks@
lt.niedersachsen.de

WWW.PATRICK-HUMKE-FOCKS.DE | WWW.LINKSFRAKTION-NIEDERSACHSEN.DE | WWW.DIE-LINKE-GOETTINGEN.DE

WWW.DIE-LINKE.DE | WWW.LINKSFRAKTION.DE | WWW.DIELINKE-NDS.DE | WWW.DIELINKE-EUROPA.EU | WWW.SABINE-LOESING.DE

Liebe Leserin, lieber Leser,

Dies ist der erste Newsletter, den Du aus unserem Göttinger Wahlkreisbüro erhältst. In Zukunft soll dieser Newsletter einmal monatlich, in der Regel in der Mitte eines Monats nach der Plenarwoche im Landtag erscheinen.

Wir wollen über Aktivitäten und Initiativen der Landtagsfraktion berichten, besonders dann, wenn Sie den südniedersächsischen Raum betreffen. Im Fokus stehen die Themen, die Patrick Humke als sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion bzw. als Mitglied im Sozialausschuss des Landtages zu bearbeiten hat: Soziales - Gesundheit - Behinderte - Frauen - Kinder und Jugend.

Darüber hinaus soll das Geschehen im Kreisverband Göttingen hier dargestellt werden: In inhaltlichen Beiträgen, durch Terminankündigungen, den Wortlaut von wichtigen Pressemeldungen, Anträgen der Fraktionen etc.

Insofern besteht die Absicht dieses Newsletters auch darin, das am Anfang eines Monats erscheinende Mitgliederinfo Göttinger Blätter, das nur eine begrenzte Seitenzahl aufweist und deshalb nur einen Ausschnitt der Politik der LINKEN vor Ort abbilden kann, zu ergänzen.

Durch die zeitversetzte Erscheinungsweise ist zudem eine zeitnähere Informationspolitik möglich.

Was dieser Newsletter nicht ersetzen kann, ist die Debatte über Inhalte unserer Politik. Dafür wurde eigens eine Newsgroup für den Kreisverband geschaffen. Wer sich dort beteiligen möchte wende sich bitte zwecks Anmeldung an Eckhard Fascher über eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

Hin und wieder werden sicher Links auf Beiträge auf andere Webseiten der LINKEN erscheinen oder solche Beiträge hier komplett übernommen. In der Regel soll darauf allerdings verzichtet werden. Wer sich über das aktuelle bundesweite Partei-Geschehen informieren möchte, sollte die Newsletter abonnieren, die auf Bundesebene erscheinen. Die Adresse des Newsletters der Partei:

http://die-linke.de/service/newsletter/uebersicht_unsere_newsletter_und_rundbriefe/

Die Bundestagsfraktion gibt Newsletter unter der Adresse <https://www.linksfraktion.de/newsletter/> heraus.

Auch die Webseiten des Landesverbandes, der Landtagsfraktion, der Bundestagsfraktion, der Bundespartei und der Fraktion im europäischen Parlament bieten eine Fülle an aktuellen Informationen und seien hiermit empfohlen.

Gern nehmen wir Anregungen auf, auf welche weiteren politischen Beiträge dieser Newsletter hinweisen soll. In Ausnahmen können Gastbeiträge / Diskussionsbeiträge aufgenommen werden.

In Zukunft muss unser Ziel sein, die Informations- und Diskussionsmedien in der Region sinnvoll und vernetzt einzusetzen. Dazu gehören die Göttinger Blätter genauso, wie die Webseiten des

Kreisverbandes und unserer regionalen Abgeordneten. Zusammen mit dem bestehenden Diskussionsforum und dem Info-Mail-Verteiler des Kreisverbandes sollten damit sämtliche Informationsbedürfnisse - neben dem mündlichen Austausch bei Sitzungen und Versammlungen - erfüllt sein.

Von Euch wünschen wir uns Kritik und Anregungen, damit wir diesen Newsletter gemeinsam mit dem Kreisverband Göttingen nach Euren Bedürfnissen erstellen können. Insbesondere wäre ein Feedback darüber interessant, wer sich eine Veröffentlichung von Diskussionsbeiträgen in diesem Newsletter wünscht. Denn in dieser ersten Ausgabe nehmen die ja einen breiten Raum ein. Der Newsletter ist insofern viel länger geraten, als es ursprünglich unsere Absicht war.

VIEL INFORMATIVE FREUDE BEIM LESEN WÜNSCHT

Eure / Ihre Redaktion

(Patrick Humke, Matthias Voigt, Kreissprecher_innenrat, Fraktionsbüros)

Die Redaktion erreichst Du unter newsletter@patrick-humke-focks.de

Inhaltsverzeichnis

Telegramm

Aktionen und Kampagnen

Aus dem Landtag

Aktuelle Anträge, Anfragen und Reden aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich

Themen: neonatologische Versorgung | Neuordnung der Regelsätze | Personalausstattung Job Center Northeim | Flächendeckende medizinische Versorgung | Solidarische Bürger/innenversicherung

Neues aus Südniedersachsen

Mit „Donnerwetter“ gegen die Fusion (Ortsverband Südharz)

Infos aus dem Kreisverband Göttingen

Veranstaltungen und Termine

Weitere Termine

Aus dem Rat der Stadt Göttingen

Appell zu den Kommunal финанzen

Pressemitteilungen

- Prozess gegen Landtagsmitglied Patrick Humke-Focks vertagt
- Klageflut vor den Sozialgerichten ist von der Politik gemacht
- Geschlossene Heimunterbringung von straffälligen Kindern ist ein Irrweg
- Gesundheitsministerkonferenz verfehlt den Kern der Probleme
- Volkszählung / Zensusgesetz

Anlage | Beiträge

- - „Strategiepapier“ von Lötzs, Ernst und Gysi – Beiträge von Heino Berg / Gerd Nier / Stefan Rehfuß
- - Jubelstimmung – Deutschland, einig Vaterland? – von Wolfgang Bittner zum 3.10.2010
- - Offener Brief der Redical [M] anlässlich der Absage des Aktionstages gegen Sozialabbau am 30. Oktober 2010 seitens der DGB-Gewerkschaften und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Göttingen

Im Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung für Rheinland-Pfalz

http://www.masgff.rlp.de/fileadmin/masgff/soziales/Endbericht_Arbeitsfassung_Druck_22.02.10_NEU1.pdf

gab es im Teil C die Gelegenheit für gesellschaftliche Organisationen, ihre Sicht auf die Armutsproblematik darzulegen. Unter dem Titel "Armut hat viele neue Gesichter" hat die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege einen bemerkenswerten Beitrag verfasst. Dort findet sich u.a. folgender Satz (S.313):

"Da Armut immer auch Ausdruck von Defiziten an Beteiligungsrechten ist, gehört Beteiligungsgerechtigkeit zu den Grundrechten eines jeden Bürgers und jeder Bürgerin in einer demokratischen Gesellschaft. Damit dieses Recht auch eingelöst werden kann, haben sie einen Rechtsanspruch auf einen gleichen Mindestanteil am Volkseinkommen und Volksvermögen, und zwar unabhängig davon, ob sie in der Lage oder bereit sind, sich an der gesellschaftlich organisierten Arbeit zu beteiligen. Denn der Wert eines Menschen gründet nicht in seiner Arbeitsleistung, sondern in seiner Würde."

Die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, besteht u.a. aus AWO, Caritas, Diakonie, DPWV und Rotes Kreuz!

Gefährlicher »Alleingang«?

SPD und Grüne haben ihre einstigen friedens- und außenpolitischen Prinzipien längst über Bord geworfen. Die Partei Die Linke sollte ihnen auf diesem Weg nicht folgen, sondern ihre Positionen unabhängig von Koalitionsüberlegungen entwickeln

Von Erhard Crome

Weiterlesen: <http://www.jungewelt.de/2010/11-02/057.php>

Grundeinkommen und radikale Arbeitszeitverkürzung

(...) Das Ziel dieses Modells ist die finanzielle Absicherung, zeitliche Ausdehnung und symbolische Aufwertung der Tätigkeitsformen, die unter der Hegemonie der Erwerbsarbeit nicht angemessen gewürdigt werden. Es ist also kein Programm der Arbeitsbeschaffung, sondern der fortschreitenden *Überwindung* der Arbeitsgesellschaft. Die theoretische wie politische Alternative lautet dabei: Eingrenzung oder Ausweitung des Arbeitsbegriffs?

Mehr zu dieser Frage in einem interessanten Artikel von Michael Hirsch im Internet:

<http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2010/november/die-restauration-der-arbeitsgesellschaft>

Aktionen und Kampagnen

Verabschiedung des Sparpaketes am 26.11.

<http://www.sparpaket-stoppen.de/>

Es gibt dort u.a. die Möglichkeit, sich oder die vertretende Organisation als Unterstützer einzutragen

Anträge und Anfragen

Welche Erfahrungen liegen der Landesregierung bezüglich der Praxis des Heims für straffällige Kinder und Jugendliche in Lohne vor?

Kleine Anfrage mit Antwort

des Abgeordneten Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE), eingegangen am 10.09.2010

Hier der Text: [Drucksache 16/2960](#)

Anforderungen der neonatologischen Versorgung für das Flächenland Niedersachsen fachlich überprüfen - Vermeidbaren Gefahren entgegenwirken

Antrag der Fraktion DIE LINKE. eingebracht von Patrick Humke am 10. November 2010

Hier der Wortlaut: [Drucksache 16/1494](#)

Unsoziale Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung im Bundesrat stoppen - Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung auf den Weg bringen

Antrag der Fraktion DIE LINKE. eingebracht von Patrick Humke am 10. November 2010

Hier der Wortlaut: [Drucksache 16/2870](#)

Für eine soziale Neuordnung der Regelsätze - Menschenwürde erfordert Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

Antrag der Fraktion DIE LINKE. eingebracht von Patrick Humke am 11. November 2010

Hier der Wortlaut: [Drucksache 16/2982](#)

Vor welchem Hintergrund soll die Rundfunkgebührenbefreiung für Menschen mit Behinderung bei der Neuregelung der Rundfunkgebühren kippen?

Kleine Anfrage der Abgeordneten Kreszentia Flauger und Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE), eingegangen am 05.10.2010

[Hier der Wortlaut](#) mit Antwort

Personalausstattung in der gemeinsamen Einrichtung (zum Beispiel Job Center Northeim) an Januar 2011

Mündliche Anfrage des Abgeordneten Patrick Humke-Focks (DIE LINKE.) am 11. November 2010

Im Zuge der Neuorganisation der Verwaltung von Leistungen des SGB II kommt es in einigen Job Centern zu einem spürbaren Personalabbau und nach Expertenmeinungen zu einer Arbeitsverdichtung im Allgemeinen. Das Job Center Northeim ist von beidem betroffen.

Infolge der Umsetzung der Sparbeschlüsse zum 01. Januar 2011 und die damit verbundene Herabsenkung der Obergrenzen für befristet beschäftigtes Personal werden nach heutigem Stand allein in der Agentur für Arbeit Göttingen bis zu neun langjährig Beschäftigte zum Jahreswechsel die Sozialagentur Northeim verlassen müssen.

Die politisch gesetzte Personalausstattung der zukünftigen ‚gemeinsamen Einrichtung (gE) – Job Center Northeim‘ ist aus Sicht der Personalvertretung der Agentur für Arbeit Göttingen nicht ausreichend dimensioniert, um die gesetzlichen Aufgaben auf dem bisher erreichten Niveau zu erhalten.

Durch die gesetzliche Änderung ab dem 01. Januar 2011 im Bereich der Leistungsgewährung (Zuverdienergrenze, Freibeträge, Wegfall Elterngeld, Bildungspaket) und die rückwirkenden Änderungen ab dem 01. August 2010 im Bereich der der Ausbildungsförderung (BAFÖG / BAB) kommen massive Mehrbelastungen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gemeinsamen Einrichtung zu, obwohl die Personalkapazitäten stark reduziert werden.

Die Arbeit mit der zuweilen schwierigen Kundenklientel und dem komplexen Gesetzesrahmen stellt schon jetzt höchste Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gE. Häufige, auch längere Krankheitszeiten sind aus diesem Grunde bisweilen nicht die Ausnahme. Bei der Umsetzung der Reduzierung des Personals sind weitere Belastungen der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu befürchten.

Ich frage deshalb die Landesregierung:

1. Auf welche Weise beabsichtigt die Landesregierung auf die politisch gesetzte Personalausstattung der zukünftigen ‚gemeinsamen Einrichtung – Job Center Northeim‘ politisch im Sinne der dort beschäftigten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einzuwirken?
2. Wie stellt sich die Landesregierung nach den gesetzlichen Änderungen zum Beginn des kommenden Jahres und der daraus resultierenden Mehrbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dann noch eine ausreichende und qualitativ hochwertige Betreuung der Langzeiterwerbslosen vor?
3. Werden die Befürchtungen der Northeimer Personalvertretung geteilt, dass sich durch die komplexe Arbeit im Job Center der Krankenstand erhöhen kann und wie kann aus Sicht der Landesregierung vor diesem Hintergrund Abhilfe geschaffen werden?

Die Antwort der Landesregierung kann im Abgeordnetenbüro in Göttingen angefordert werden

Aus dem Rundblick Nord-Report:

Künftige Versorgung von Frühgeborenen noch nicht geklärt

(rb) Hannover. Das Sozialministerium kann noch immer keine konkreten Angaben dazu machen, wie ab Beginn des kommenden Jahres im Flächenland Niedersachsen die Versorgung von Frühgeborenen nach den neuen Vorgaben des Gemeinsamen Bundesausschuss gesichert werden soll. Danach dürfen ab Neujahr 2011 nur noch bestimmte Krankenhäuser die Behandlung von extrem frühgeborenen Kindern übernehmen. Perinatalzentren auf dem sogenannten Level 1 müssen jährlich mindestens 30 Neugeborene unter 1250 g Geburtsgewicht versorgen und zudem besondere personelle und strukturelle Anforderungen erfüllen. Damit würden in Niedersachsen noch fünf bis sieben statt bisher 16 Krankenhäuser für die Level 1-Versorgung zur Verfügung stehen. Die verbleibenden

Krankenhäuser mit neonatologischem Schwerpunkt würden die Versorgung Neugeborener mit einem Geburtsgewicht von 1250 bis 1500 Gramm sicherstellen.

Man müsse nun auch über mögliche Kooperationsmodelle zwischen den Level 1 und Level 2-Krankenhäusern nachdenken, meinte die niedersächsische Sozial- und Gesundheitsministerin Aygül Özkan jetzt im Niedersächsischen Landtag in ihrer Stellungnahme zu einem Antrag der Linken-Fraktion. Diese hatte bereits im Sommer vergangenen Jahres die fachliche Überprüfung der Anforderungen für die Versorgung im Flächenland Niedersachsen gefordert und auf die Gefahren für Mütter und Kinder hingewiesen, wenn Frühgeborene unter 1500 Gramm Geburtsgewicht voraussichtlich nur noch in den fünf Zentren Oldenburg, Osnabrück, Göttingen, Braunschweig und Hannover versorgt werden dürften. Besonders in westlichen Teilen Niedersachsens und in Teilen Ostfrieslands könnte es für die betroffenen Frauen bzw. Familien aufgrund der großen Entfernungen zu problematischen bis lebensgefährdenden Situationen kommen, befürchten die Linken. Özkan versprach am Mittwoch, diese Argumente „sorgfältig abzuwägen“. Man befinde sich in intensiver Abstimmung vor allem mit der Krankenhausgesellschaft und den Krankenkassen. Bei all ihren Entscheidungen habe für sie das Wohl der Frühchen und ihrer Mütter Priorität. Das Sozialministerium könne Ausnahmen von der Mindestmengenvereinbarung zulassen, falls die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung gefährdet sein könnte, räumte Özkan ein. Nach Angaben des Ministeriums hat sich die Anzahl der Frühgeburten in den vergangenen zehn Jahren auf ungefähr ein Prozent der Neugeborenen erhöht. In Niedersachsen kamen allein im vergangenen Jahr 722 Kinder mit einem Gewicht von unter 1500 Gramm auf die Welt.

Siehe zum Thema die hier folgende Rede von Patrick Humke im Landtag

Reden im Landtag

Redebeitrag zum Antrag Neonatologie (abschließende Beratung),
Novemberplenium 2010, Patrick Humke-Focks (DIE LINKE.)

Zur Klarstellung – und das ist auch unmissverständlich in unserem Antrag formuliert: Wir fordern, die Folgen eines Beschlusses des GBA – des Gemeinsamen Bundesausschusses - bezüglich der Fragen der Neonatologie– auf all seine Facetten hin zu prüfen. Hierzu sollten alle beteiligten Akteure an einen Tisch geholt werden. Was uns in den Ausschussberatungen dann an Unterstellungen gemacht wurde, war geradezu unglaublich!

Denn: Wir haben uns mit unserem Antrag nicht pauschal gegen eine Zentralisierung oder wie sie es gerne ausdrücken - Professionalisierung ausgesprochen. Hier gibt es fraglos noch einiges zu tun. Als ein Beispiel wäre eine Zusammenlegung der zwei Geburtskliniken in Hildesheim mehr als sinnvoll.

(...)

Rede zum Antrag ‚Flächendeckende medizinische Versorgung‘ (SPD),
Novemberplenium 2010, Patrick Humke-Focks (DIE LINKE.)

Wann immer wir uns hier mit dem Thema Gesundheitsversorgung im Landtag beschäftigt hatten, war ‚Die flächendeckende medizinische Versorgung‘ gerade in unserem Flächenland DAS Thema.

So etwa mit dem Antrag meiner Fraktion zur Zukunft der Pflege in Niedersachsen. Es ist zweifellos richtig → die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder sind dringend auszubauen. Ohne einen Zuwachs an Handlungskompetenzen wird das Land seinen Verfassungsauftrag hinsichtlich der Gesundheitsversorgung immer weniger gerecht werden können.

Genau dieses habe ich in dieser Woche auch beim Thema Neonatologie angesprochen – ich empfehle Ihnen hierzu übrigens die Lektüre der heutigen Ausgabe des ‚Rundblicks‘.

(...)

Rede zum Antrag ‚Für eine soziale Neuordnung der Regelsätze‘ (DIE LINKE.) und Antrag der Grünen zu Regelsätzen, Novemberplenum 2010, Patrick Humke-Focks (DIE LINKE.)

Die sogenannte Reform des SGB II und die damit verbundene sogenannte ‚Neuordnung‘ der Regelsätze – gerade für die Kinder und Jugendlichen Leistungsempfänger beweist, dass es der Bundesregierung und allen voran Frau von der Leyen NICHT darum ging und geht, etwa der Steigenden Kinderarmut entgegen zu wirken, die Lebensbedingungen der sogenannten Hilfeempfänger zu verbessern oder gar die Mittel für die Eingliederung in Arbeit zu erhöhen.

NEIN es geht der Bundesregierung darum, Haushaltsmittel auf Kosten der Ärmsten der Armen einzusparen und die Empfänger staatlicher Transferleistungen weiter zu stigmatisieren und zu diskriminieren. Damit zementieren von der Leyen & Co die Spaltung der Gesellschaft in immer reicher werdende und immer Ärmere und setzt dabei darauf, das untere Drittel der Gesellschaft gegeneinander aufzubringen, in dem sie eine Neid- und Angstdebatte schürt.

(...)

Solidarische Bürger/innenversicherung

Rede von Patrick Humke zum Antrag der LINKEN im Novemberplenum 2010

Der Gesetzentwurf des Bundeskabinetts zur Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist der letzte Schritt zur Auflösung der paritätischen Ausrichtung unseres sozialen Sicherungssystems, der zur Zerstörung der GKV führen wird.

Dass das Ideal des Bundesgesundheitsminister Rösler eine rein privatwirtschaftliche Ausrichtung der Krankenversicherung ist, ist nichts Neues. Es wäre aber irrwitzig und fahrlässig, diese Zerstörung schwer erkämpfter Sozialrechte mitzumachen.

(...)

Rede zum Antrag ‚Ursachenforschung kindlicher Leukämie‘ (von CDU/FDP), Novemberplenum 2010, Patrick Humke-Focks (DIE LINKE.)

Meine Freude darüber, dass sich die Regierungsfractionen anscheinend für mehr Forschung in diesem Bereich einsetzen wollen muss ich leider dahingehend einschränken, als dass ich an ihrer Motivation, zum Beispiel den in der Elbmarsch betroffenen helfen zu wollen, zweifeln muss.

Es ist offensichtlich, dass sie mit ihrem Antrag von der Diskussion ablenken wollen, die wir im Augustplenum zum Antrag der Grünen geführt haben (Drs. 16/2698). Deren Antrag ist im Anliegen doch etwas konkreter und klarer. Wie ich seinerzeit in meinem Redebeitrag klargestellt hatte, unterstützen wir das Anliegen, nach unabhängigen Bodenproben im Fall des Leukämie-Clusters in der Elbmarsch und es erschließt sich uns nicht, warum Sie diese Möglichkeit der Aufklärung im konkreten Falle nicht nachgehen wollen.

Vor diesem Hintergrund erscheint uns Ihr Antragstext, der sich allgemein auf Bundes- und Europaebene für mehr Ursachenforschung zur Kinderleukämie ausspricht, als ein Zeichen Ihres Unwillens im konkreten niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Fall verantwortlich zu handeln.

(...)

Die kompletten Reden können im Internet jetzt unter http://www.landtag-niedersachsen.de/stenoberichte_wp_16/2010/ als komplette stenografische Berichte

oder später unter http://www.linksfraktion-niedersachsen.de/nc/fraktion/landtagsabgeordnete/patrick_marc_humke_focks/reden_im_landtag/ oder http://www.patrick-humke-focks.de/landtag/eigene_reden/redeprotokolle_2010/ als einzelne Redebeiträge abgerufen werden.



Mit „Donnerwetter“ gegen die Fusion

Wieda. Am 27. August hatte der Ortsverband Die Linke. Südharz zur Aktion „Der lange Weg der Fusion“ aufgerufen, an der sich einige Interessierte, trotz des schlechte Wetters, beteiligten.

Timo Rose, 1. Vorsitzender des Ortsverbandes Südharz machte bei der Begrüßung deutlich, warum sich Die Linke. gegen eine Fusion ausspreche. Rose forderte u. a. erneut eine Bürgerbefragung zur geplanten

Gemeindefusion. Er erläuterte: „Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sind unmittelbar von einer Fusion betroffen. Gerade deshalb sollen sie auch darüber entscheiden dürfen, ob eine Fusion kommt oder nicht.“

Besonders freuten sich die Mitglieder des Ortsverbandes über die Unterstützung des Landtagsabgeordneten Patrick Humke-Focks, der im Rahmen seiner Sommertour „Fraktion vor Ort“ nach Wieda gekommen war. Humke-Focks, der sich auch an der gesamten Wanderung beteiligte, befürchtet, dass die geplante Fusion ein „unmittelbaren Demokratieabbau vor Ort“ sein wird. Auch das gerade fertiggestellte Gutachten, so war der einheitliche Tenor, sprach eine deutliche Sprache.

Bei heftigen Niederschlag und Gewitter erwanderten Gegner der möglichen Fusion zwischen Bad Sachsa und der Samtgemeinde Walkenried gemeinsam den Weg von Wieda nach Bad Sachsa, um symbolisch darauf aufmerksam zu machen, dass zukünftig die Bürgerinnen und Bürger längere Wege zu bürokratischen Einrichtungen und möglichen Ansprechpartnern einplanen müssen. Ein Infostand in Bad Sachsa informierte darüber hinaus über die Risiken einer Fusion und man kam ins Gespräch. So entwickelten sich einige spannende Diskussionen.

Hans-Jürgen Hausemann, Abgeordneter der Partei Die Linke. im Kreistag, war ebenfalls unter den Anwesenden und machte unmissverständlich klar, dass auch er einer Fusion, gerade als Bürger aus Bad Sachsa, ablehnend gegenüber steht. Einigkeit herrschte bei den Wanderern darüber, dass in einigen Gemeinden (insbesondere wurde die Gemeinde Wieda genannt) eine Fusion besonders negativ in die Struktur eingreifen könnte.

Zum Ende des Aktionstages bedankte sich Timo Rose bei allen Beteiligten und kündigte weitere gemeinsame Veranstaltungen zum Thema Fusion an. Nähere Informationen hierzu wird es demnächst auf der Homepage des Ortsverbandes unter dielinke-südharz.de geben. Rose machte hierbei noch einmal auf die hohe Verantwortung der Bundes- und Landesregierung aufmerksam, die gezielt die Kommunen in die Handlungsunfähigkeit („Ausbluten“ der Kommunen) treiben.

„Auch eine Fusion zweier hoch verschuldeter Gemeinden wird keinen ausgeglichenen Haushalt schaffen. Selbst eine wichtige Grundlage der Berechnung des Gutachtens, die Entschuldung von 75% der Kassenkredite, ist stark anzuzweifeln.“, erläuterte Rose abschließend.

Infos aus dem Kreisverband

KSR beschließt Antrag zu Stuttgart 21

Von Gerulf, Falko, Norbert und anderen Genossen wurde Anfang Oktober über die Newsgroup für die nächste KMV ein Antrag eingebracht, der die LINKE dazu auffordert, sich mit der Bewegung gegen Stuttgart 21 zu solidarisieren, eine Veranstaltung dazu durchzuführen, zu einer Demonstration in Stuttgart zu fahren und die Bundespartei zu einer Kampagne auffordert.

Da ein Beschluss auf der KMV viel zu spät käme, hat der KSR diesen Antrag beschlossen und wird dies wie folgt umsetzen: In Zusammenarbeit mit der GÖLINKEN soll eine Veranstaltung zu Stuttgart 21 durchgeführt werden.

Auf den Landesparteitag soll ein Antrag zu Stuttgart 21 eingebracht werden. Die Teilnahme an einer Demonstration müsste von den Antragstellern organisiert werden.

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 15.30 bis 17.30 Uhr, Rotes Zentrum

Infotische und Aktionen beim Alten Rathaus Göttingen:

Samstag, 27. November, ab 10 Uhr normaler Infotisch

Aktionen und Infotisch zum Weltklimatag

Samstag, 4. Dezember, ab 10 Uhr

An dem Aktionstag wird sich voraussichtlich wie die letzten Jahre ein Aktionsbündnis aus verschiedenen Gruppen und Parteien beteiligen. Hierüber wird nochmal kurzfristig in einer Rundmail informiert, da das Planungstreffen erst nach Redaktionsschluss stattfinden wird.

Außerordentliche KMV - Programmdebatte in Göttingen

Teil 4 Eine Welt des Friedens. Friedens- und internationale Politik.

mit Sabine Lösing, MdEP

Donnerstag, 25. November 2010, 19 Uhr im Berliner Hof, Weender Landstr. 43

Termine der Ortsverbände/Basisorganisationen:

OV Göttingen Mitgliederversammlungen

Montag, 13. Dezember 2010, 19 Uhr, Rotes Zentrum, Schwerpunktthema: Kriminalisierung politischen Engagements

OV Adelebsen/ Bovenden Mitgliederversammlung

Donnerstag, 2. Dezember 2010, 20 Uhr in der Pizzeria da Sergio in Erbsen

OV Hann. Münden:

Termine bitte bei Kirsten und Olaf Klein erfragen (05541-5571)

BO Rosdorf Mitgliederversammlung

Termin bitte bei Ali Alssalami erfragen (0162-3862463)

Arbeitskreise

Linksjugend [`solid]:

Treffen: Jeden Mittwoch, 19 Uhr im Roten Zentrum. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Sozialpolitischer Arbeitskreis:

Interessierte sind herzlich eingeladen. Der Ort und der Termin sind bei Patrick Humke-Focks zu erfragen. (0170-180 8404)

Ökologische Plattform:

Termine bitte bei Eckhard Fascher erfragen. (0160 -91330457)

AG Betrieb & Gewerkschaft:

Treffen: Mittwoch, 1. Dezember 2010, 19 Uhr im DGB, Weender Landstr. 6, Göttingen

Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen

Arbeitsbericht aus Nicaragua – Möglichkeiten und Hindernisse der Solidaritätsarbeit
Freitag, 19. November 2010, 19.00 Uhr in Holbornsches Haus, Rote Str. 34, 37073 Göttingen

Referentin: Anna Leineweber, Vorsitzende des Nicaragua-Verein Göttingen

Musikalische Begleitung: Mauricio Soto Pozas

Seit 25 Jahren führt der Nicaragua-Verein sozialmedizinische und bildungspolitische Projekte in der nicaraguanischen Gemeinde La Paz Centro in der Provinz Leon durch. Anna Leineweber wird mit Photos und anhand eines kurzen Filmes über die neueste Entwicklung in Nicaragua berichten und die Konsequenzen für die Solidaritätsarbeit erläutern. Ausführlich soll auch auf das neue Freiwilligenprogramm „weltwärts“ eingegangen und von ersten Erfahrungen und aktuellen Möglichkeiten des Einsatzes berichtet werden.

Die Veranstaltung wird musikalisch begleitet durch den Sänger Mauricio Soto Pozas, der Lieder der lateinamerikanischen Linken vortragen wird.

Mitveranstalter: **Nicaragua Verein – Amistad con Nicaragua**

Programmdiskussion in und mit der Göttinger LINKEN.

Am Sonntag, den 24.10. fand im Haus der Kulturen, die von etwas mehr als dreißig Personen gut besuchte Kommunalpolitische Konferenz der Göttinger LINKEN statt.

Zur bisherigen Arbeit in Stadtrat, Kreistag und dem Ortsräten zeigte sich eine positive Bilanz, wenn auch Probleme um die Sinnhaftigkeit von Parlamentsarbeit, insbesondere der Arbeit in den Ortsräten angesprochen wurden. Die Ortsräte werden als zu einflusslos wahrgenommen. So ist ihr Etat mit 17.000 Euro (in Grone) lächerlich gering, ihre Beschlüsse haben nur Empfehlungscharakter. Einig waren sich die Beteiligten darin, dass ohne eine Verzahnung von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit, in den Parlamenten nichts erreicht werden kann. Dies soll sich auch bei der Diskussion des Kommunalwahlprogramms widerspiegeln, das über die reine Kommunalpolitik hinaus weisen wird:

Zur Diskussion des Programms wurden zahlreiche **Arbeitsgruppen** gebildet, die für Interessierte offen stehen:

AG 1: Haushalt / Finanzen:	Reinhard Neubauer	goern@email.de
AG 2: Arbeit/Soziales /Wohnungsbau	Patrick Humke	patrick.humke@die-linke.de
AG 3: Kultur / Tourismus	Matthias Voigt	info@matthiasvoigt.de
AG 4: Nie wieder Krieg	Gerd Nier	gerd.nier@web.de
AG 5: Kinder/Schule/Kitas	Rolf Ralle	haasralle@arcor.de
AG 6: Behindertenpolitik	Gunnar Siebecke	G.siebecke@web.de
AG 7: Ökologie	Eckhard Fascher	eckhardfascher@web.de
AG 8: Verkehr / OPNV	Eckhard Fascher	eckhardfascher@web.de
AG 9: Landwirtschaft	Dirk Harling	Die-Linke-Harling@gmx.de
AG 10: Antifaschismus	Peter Dürrbeck	duerrbeck-luetge@gmx.de
AG 11: Flüchtlingspolitik	Pia Farschad	pia.f1@gmx.de
AG 12: Geschlechterdemokratie	Gabi Betz	gabi.betz@email.de
AG 13: Alter	Anton Schneppe	a.schneppe@web.de
AG 14: Jugendpolitik	Sabrina Vache	sabrina.dielinke.sds@googlemail.com
AG 15: Universität	Tom Oesterreich	tom-oesterreich@web.de

Weitere Termine

Mit DIE LINKE.SDS im StuPA Göttingen:

Zur Theorie der Commons mit Stefan Meretz am Mittwoch, **24.11.2010**, 19 Uhr, Uni Göttingen, ZHG

Mit Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba:

Wirtschaft und Demokratie in Kuba mit Dr. Günther Pohle am Mittwoch, den **15.12.2010**, 19 Uhr im Cafe Inti, Burgstr. 17, Göttingen

Aus dem Rat der Stadt Göttingen

Appell zu den Kommunal финанzen

Resolution zur Sitzung des Rates der Stadt Göttingen am 05.11.2010

Der Rat möge folgende Resolution auf Initiative des **Bündnisses LEBENSWERTES GÖTTINGEN** sowie der unterzeichnenden Organisationen **Göttinger Umwelt- und Naturschutzzentrum (GUNZ) e.V.**, **NaturFreunde Ortsgruppe Göttingen**, **Verein für Umwelt- und Konfliktforschung e.V.**, **Initiative für eine humane Welt (IHW)**, **Göttinger Friedensbüro**, **Deutscher Kinderschutzbund Kreisverband Göttingen e.V.**, **Paritätischer Wohlfahrtsverband - Kreisverband Göttingen**, **Frauen-Notruf Göttingen e.V.**, **Göttinger AIDS-Hilfe e.V.**, **Kontakt in Krisen e.V.**, **Frauenhaus Göttingen e.V.**, **Selbsthilfe Körperbehinderter Göttingen e.V.**, **Selbsthilfegruppe Göttingen für Tinnitus Morbus Menière und Hörstörungen in der Deutschen Tinnitus-Liga e.V.**, **Kneipp-Verein Göttingen e.V.**, **Freie Altenarbeit Göttingen e.V.**, **Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Göttingen**, **DGB Region Südniedersachsen-Harz**, **ver.di Ortsverein Göttingen e.V.**, **Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe (GALG)**, **Bündnis gegen Ämterchikane**, **Runder Tisch ARMES GÖTTINGEN** und weiterer Unterzeichnender, beschließen:

Das sogenannte Haushaltssicherungskonzept der Stadt Göttingen scheint zwar auf den ersten Blick tiefgreifende Einschnitte bei Kultur und Sozialem zu vermeiden. Es ist aber nur der erste Schritt an Kürzungen, dem offenbar in den nächsten Jahren weitere folgen sollen. Außerdem hängen von Zahlungen der Stadt auch ergänzende Mittel des Landes, des Bundes und anderer Geldgeber ab, so dass die Folgen der Einschnitte doch schärfer sind, als sie auf den ersten Blick erscheinen. Wir lehnen diese Kürzungen grundsätzlich ab. Sie leisten einen weiteren Beitrag zur allgemeinen bundesweiten Tendenz: Die Masseneinkommen werden weiter fallen und die Infrastruktur unseres Staates wird massiv reduziert, öffentliche Daseinsvorsorge soll weiter privatisiert werden. **Die Probleme der Staatsverschuldung und der defizitären öffentlichen Kassen werden auf kommunaler Ebene durch wegbrechende Gewerbesteuern noch verstärkt. Sie sind durch die Wirtschafts- und Finanzkrise entstanden und können auf gar keinen Fall mit Einsparungen gelöst werden. Notwendig ist eine**

deutliche Korrektur auf der Einnahmenseite. Sie muss und wird früher oder später kommen. Die jetzt beabsichtigten Einsparungen im öffentlichen Sektor zögern sie unnötig heraus.

Wir fordern zur Bekämpfung der katastrophalen Krisenfolgen für hohe Einkommen und Vermögen ein Steuerniveau wiedereinzuführen, wie es noch vor 20 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland bestand:

- **Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer muss auf 56 Prozent angehoben werden.** Gleichzeitig muss die Abgeltungssteuer, die den Einkommensteuersatz von Kapitalerträgen auf 25 Prozent beschränkt, abgeschafft werden.
- **Der Satz der Körperschaftsteuer muss ebenfalls wieder 56 Prozent betragen.** Die Körperschaftsteuer ist die Steuer der Kapitalgesellschaften, vor allem der großen Aktiengesellschaften. Der Steuersatz wurde seit 1990 schrittweise auf jetzt 15 Prozent gesenkt.
- **Wiedereinführung einer Vermögensteuer.** Sie wurde 1997 abgeschafft. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) würde eine Besteuerung des Vermögens in Höhe des Durchschnitts der anderen EU-Staaten und westlicher Industrieländer in Deutschland jährlich 25 Mrd. € einbringen.
- **Wiederherstellung einer echten Besteuerung großer Erbschaften.** Die Erbschaftssteuer wurde gerade erst zugunsten der großen Vermögen drastisch gesenkt.
- **Mehrwertsteuer auf den Handel mit allen Finanzprodukten.** Der Handel mit Finanzprodukten, Aktien sowie allen anderen Wertpapieren, mit Devisen, Zertifikaten, Derivaten usw. muss besteuert werden. Es ist absolut untragbar, dass der Kauf von Produkten des täglichen Bedarfs, wie z.B. Brot, mit Mehrwertsteuer belegt ist, nicht aber der Kauf von Finanzprodukten. Für die Tobin-Steuer, die nur die Besteuerung des Devisenhandels vorsieht, hat man errechnet, dass allein ein Steuersatz von nur 0,1 Prozent weltweit 380 Mrd. US-Dollar einbringen würde. Hier liegt ein riesiges Einnahmefeld, das zusätzlich noch den Effekt hätte, die Umsätze der "Spielcasinos" der Finanzwelt erheblich einzuschränken.
- **Die Gewerbesteuer** als Haupteinnahmequelle der Kommunen ist nicht abzuschaffen, sondern zu konsolidieren und ihre Basis zu verbreitern, z.B. durch Einbeziehung der Einkünfte aller selbständig Beschäftigten.
- **Der jährliche Grundfreibetrag** der Einkommensteuer ist auf 20.000 € anzuheben um niedrige und mittlere Einkommen deutlich zu entlasten.

Wir fordern, dass die Stadt Göttingen, wie auch andere Kommunen und deren Kommunale Spitzenverbände auf die Bundesländer und den Bund Einfluss nehmen, um die Politik der Kürzungen zulasten der Kommunen zu stoppen! Die genannten Maßnahmen stellen Minimalforderungen dar. **Nur so kann der öffentliche Sektor durch eine gerechtere Belastung der Steuerpflichtigen und eine gerechtere Verteilung der öffentlichen Mittel seine Fähigkeit zur Selbstverwaltung erhalten und seine Handlungsfähigkeit zurück gewinnen!**

Kommentar:

Diese Resolution ist mehrheitlich per Direktbeschluss abgelehnt worden. SPD und Grüne hatten eine inhaltlich fast gleiche Resolution eingebracht, konnten sich aber den Zahlen des Bündnisses nicht anschließen, da ihre Parteien andere Prozentsätze favorisieren. Außerdem waren es ja ihre Bundesparteien, die den Spitzensteuersatz etc. in ihrer Regierungszeit gesenkt hatten.

Prozess gegen Landtagsmitglied Patrick Humke-Focks vertagt

8. November 2010

Hannover. Der Prozess gegen den linken Landtagsabgeordneten Patrick Humke-Focks wegen angeblichen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ ist heute von der zuständigen Richterin am Amtsgericht Hannover ausgesetzt worden. Grund dafür ist die Immunität des Politikers, weil er zum Zeitpunkt des Strafbefehlserlasses Mitglied der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten gewesen ist. Im Gegensatz zur Immunität von Humke-Focks als Landtagsabgeordneter wurde seine Immunität als Mitglied der Bundesversammlung nicht aufgehoben.

Die rechtliche Immunität von demokratisch gewählten Volksvertretern hat verfassungsrechtlichen Rang und bildet deshalb auch in diesem Fall ein wesentliches Verfahrenshindernis. Gleich nach dem Antrag von Humke-Focks' Anwalt, das Verfahren deshalb einzustellen, unterbrach die Richterin den Prozess zu einer Beratung. Anschließend brach die Richterin die Verhandlung ab, ohne die aufgeworfene Frage der Immunität zu bewerten oder zu beurteilen und setzte dafür einen neuen Prozesstermin am 3. Dezember fest.

Zum Hintergrund:

Patrick Humke-Focks hatte auf einer Demonstration gegen den Bildungsabbau vor dem hannoverschen Landtag vor etwa zwei Jahren versucht, deeskalierend auf die gespannte Situation zwischen Demonstranten und Polizeibeamten einzuwirken. Mehrere Polizeibeamte wollen gegen den Landtagsabgeordneten aussagen, obwohl Filmaufnahmen beweisen, dass die Beschuldigung des Widerstands nicht den Tatsachen entspricht. Gegen einen entsprechenden Strafbefehl hat der Landtagsabgeordnete deshalb Widerspruch eingelegt.

Anmerkung:

Zwischenergebnisse des Verfahrens gegen mich

8. November 2010

Liebe GenossInnen, KollegInnen und FreundInnen,

da ich heute schon so oft angesprochen worden bin: Hier die Zwischenergebnisse des Verfahrens gegen mich am heutigen Tage wegen angeblichen 'Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte' in Kurzform:

1. Die Anklageschrift konnte heute nicht verlesen werden, weil wir einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens wegen erheblicher und schwerwiegender Verfahrensfehler von Seiten der Staatsanwaltschaft, weil ich bei Zustellung des 'Strafbefehls' (gegen den ich natürlich Widerspruch eingelegt hatte - sonst hätte es den heutigen Termin nicht gegeben) am 16.06.2010 Immunität als Mitglied der Bundesversammlung genossen habe. Da das eine Verfassungsrechtliche Frage ist meine Arbeit als gewählter Abgeordneter damit behindert war, galt es das zunächst zu klären.

Der Staatsanwalt wollte sich nicht davon überzeugen lassen, denn 'schließlich habe er sich beim Justizministerium erkundigt und dort sei man ihm nicht in den Arm gefallen' - soweit die Gewaltenteilung...

2. Die Richterin unterbrach die Verhandlung für 20 Minuten und teilte anschließend den Anwesenden mit, dass man bis zur Klärung unseres Antrages mehr Zeit brauche und vereinbarte einen neuen Termin für den 03. Dezember 2010, 9.00 Uhr wieder vor dem Amtsgericht Hannover (Ich informiere Euch darüber ob dieser Termin dann wirklich zustande kommt...)

3. Der Staatsanwalt 'bot an', das Verfahren trotzdem heute durchzuführen - 'man könne die Frage der Immunität ja später vom OLG klären lassen'. Mein Anwalt Johannes Hentschel wies den Staatsanwalt darauf hin, dass es hier um die Klärung einer verfassungsrechtlichen Frage ginge und er nicht so 'lax' wie der Staatsanwalt über eine Frage derartigen Ranges hinweg gehen wolle.

4. Sollte unserem Antrag Recht gegeben werden, muss die Staatsanwaltschaft von Vorne beginnen...

Alles in allem also ein guter Tag, u.a. weil sich die Richterin zumindest genötigt sah, unsere Einwände genauer zu prüfen.

Bedanken möchte ich mich bei den anwesenden GenossInnen aus dem KV Hannover, meinen anwesenden Abgeordnetenkolleginnen, den kurdischen GenossInnen und den anwesenden Leuten aus Göttingen - allesamt aus außerparlamentarischen Gruppen, einem Genossen aus Bad Gandersheim und meiner Landesvorsitzenden, die auch extra angereist waren. Es ist gut, Solidarität zu spüren...

Des Weiteren bedanke ich mich für die vielen E-Mails und Nachrichten aus dem gesamten Bundesgebiet und die Anteilnahme aus meiner Partei und vor allem von vielen, die sich in außerparlamentarischen Gruppen und Gewerkschaften engagieren. Ich verspreche Euch, mich weiter so einzusetzen und wie bisher Politik zu machen, denn Solidarität ist unsere Waffe im Kampf für eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit Alltag ist und in der es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr Euch für den Fortgang des Verfahrens weiter interessieren würdet!

Venceremos

Klageflut vor den Sozialgerichten ist von der Politik gemacht

Sozialgesetzgebung muss grundlegend reformiert werden

3. November 2010 – Patrick Humke

Hannover. DIE LINKE im Landtag hat die Landesregierung scharf dafür kritisiert, dass sie nichts gegen die Überlastung der niedersächsischen Sozialgerichte unternimmt. Anlass ist die heutige Pressekonferenz der Leiter der Sozialgerichte. „Die Landesregierung ignoriert diesen Zustand“, sagte Patrick Humke-Focks, der sozialpolitische Sprecher der Fraktion. Die stetige Zunahme von Klagen sei durch die Hartz-Gesetzgebung entstanden. „Hartz IV ist nicht nur Armut per Gesetz, sondern auch in Gesetzestext und Ausführungsverordnungen absolut unübersichtlich. Fehlerhafte Bescheide sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel“, so Humke-Focks. Antworten auf Anfragen der Linksfractionen auf Landes- und Bundesebene hätten dies bestätigt.

Humke-Focks verwies darauf, dass seine Fraktion mehrere Anträge für Bundesratsinitiativen zur Reform des SGB II in den Landtag eingebracht habe, die allesamt abgelehnt wurden. „Außerdem hat die Landesregierung unsere Forderung nach mehr Richterstellen an den Sozialgerichten abgelehnt. Wir hatten dazu einen Antrag in die Haushaltsdebatte eingebracht“, so Humke-Focks. Für die Kläger sei besonders schlimm, dass sie während der Wartezeit auf das Sozialgerichtsurteil keine vorläufigen Hilfen bekämen. „Immerhin geht es um ihr existenzsicherndes Einkommen. Da ist es für sie kaum tröstlich, dass ihre Klage höchstwahrscheinlich voll oder teilweise erfolgreich sein wird.“

Geschlossene Heimunterbringung von straffälligen Kindern ist ein Irrweg

Linke sieht sich durch Antwort auf ihre Anfrage bestätigt

1. November 2010 – Patrick Humke

Hannover. DIE LINKE im Landtag sieht sich in ihrer Kritik an einer geschlossenen Heimunterbringung von straffälligen Kindern bestätigt. Wie aus der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, habe es in dem Heim in Lohne, das im Mai in Betrieb genommen wurde, drei Ausbrüche gegeben und drei von 13 pädagogischen Mitarbeitern hätten die Einrichtung bereits verlassen. „Anstatt verhaltensauffällige Kinder wegzusperren, muss es eine intensive Präventionsarbeit geben“, kritisierte der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion, Patrick Humke-Focks. Seine Fraktion habe von Anfang an auf die negativen Erfahrungen in vergleichbaren Einrichtungen hingewiesen: Permanente Ausbruchsversuche und eine hohe Personalfuktuation seien Markenzeichen solcher Einrichtungen. Humke-Focks nannte als Beispiel die Einrichtung in der Feuerbergstraße in Hamburg, die aus diesen Gründen geschlossen worden sei.

Es sei verwunderlich, dass Niedersachsen nicht nur einem misslungenen Konzept folge, sondern eine fragwürdige Aufgabe übernehme, mit der man sich in anderen Bundesländern nicht die Finger schmutzig machen wolle. Von den bisher fünf eingewiesenen Jungen kommen lediglich zwei aus Niedersachsen, zwei stammen aus Hamburg und einer aus Nordrhein-Westfalen. „Anscheinend will sich die Landesregierung einer komplexen pädagogischen Problematik nicht annehmen. Denn das würde bedeuten, dass sie ausreichend Personal und Geld dafür zur Verfügung stellen müsste“, betonte Humke-Focks. Die Landesregierung setze jedoch in ihrer Sparzwanglogik generell vermehrt auf das Ehrenamt, weil sie Soziales nicht finanzieren wolle. „Diese Rechnung geht nicht auf: Wenn den betroffenen Kindern und ihren Familien nicht präventiv geholfen wird, sind Knastkarrieren programmiert“, so Humke-Focks.

Die Anfrage der Linksfraktion und die Antwort der Landesregierung finden Sie [hier](#)

Gesundheitsministerkonferenz verfehlt den Kern der Probleme

Landesregierung bekämpft Ärztemangel nicht

25. Oktober 2010 – Patrick Humke

Hannover. Angesichts der heutigen Gesundheitsministerkonferenz hat DIE LINKE im Landtag eine konsequentere Politik von der Landesregierung gefordert. „Niedersachsens Sozialministerin hat das Problem des Ärztemangels zwar erkannt hat, sie doktert aber nur an den Symptomen herum und ignoriert die Ursachen“, sagte Patrick Humke-Focks, der sozial- und gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion. Kernproblem sei die schrittweise Zerstörung der Gesetzlichen Krankenversicherung. Sie gefährde eine gute Flächenversorgung im Gesundheitswesen. „Die geplante Gesundheitsreform von Herrn Rösler manifestiert das Einnahmeproblem der Gesetzlichen Krankenkassen. Dieses Problem wird immer mehr auf dem Rücken der Versicherten ausgetragen und es führt zu einem Ärztemangel“, so Humke-Focks. Bedauerlich sei, dass sich die Vertreter der Länder zwar für mehr Mitsprache in der Versorgungsplanung aussprechen, aber nichts gegen die Zerstörung der Gesetzlichen Krankenversicherung unternähmen. Humke-Focks weiter: „Wir haben einen Antrag in den Landtag eingebracht, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich für den Stopp der Gesundheitsreform einzusetzen. Außerdem fordern wir darin den Ausbau der Gesetzlichen Krankenversicherung mit dem Ziel einer solidarischen Bürgerversicherung.“

Rot-rot-grüner Aufbruch oder sozialistische Alternative?

Zum „Strategiepapier“ von Löttsch, Ernst und Gysi | [Download als *.pdf](#)

Die beiden Vorsitzenden der Linkspartei, Gesine Löttsch und Klaus Ernst haben zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi im Geschäftsführenden Bundesvorstand ein Strategiepapier „zu den aktuellen Aufgaben der LINKEN und ihrer Bundestagsfraktion“ vorgelegt, das die Partei auf Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen festlegen soll. Damit soll kurz vor dem bundesweiten Programmkonvent am 7.11. in Hannover durch die Partei- und Fraktionsspitze eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene ab 2013 zum zentralen strategischen Ziel erklärt werden.

von Heino Berg

Das so genannte Strategie-Papier wurde durch die Medien mit ausgewählten Zitaten verbreitet, vor den Parteimitgliedern und -gremien aber wochenlang unter Verschluss gehalten. Erst nachdem es der stellvertretende Landesvorsitzende der NRW-LINKEN, Thies Gleiss öffentlich kritisiert und dokumentiert hatte, konnten es die Mitglieder auch auf der Partei-Website nachlesen. Eine kritische Diskussion über die Strategie der Partei ist unter solchen Umständen fast unmöglich. Dasselbe Verfahren wurde Ende August beim „Strategiepapier“ des niedersächsischen Landesvorsitzenden Dehm praktiziert, das sich – der Presse zufolge – ohne inhaltliche Bedingungen für eine Unterstützung rot-rot-grüner Regierungen als kleinem Übel gegenüber Schwarzgelb aussprach. Die Mitglieder des Landesverbandes kennen es bis heute nicht. Diese „Verhöhnung tausender aktiver Mitglieder“ (Thies Gleiss) durch die Parteiführung ist einer der Gründe, warum sich das wachsende politische Interesse in der Bevölkerung viel zu wenig in der Linkspartei und ihren Kreisverbänden widerspiegeln kann. Wer strategische Weichenstellungen nicht mehr in der Partei diskutieren, sondern über die bürgerliche Presse kommunizieren und durchsetzen will, degradiert die Mitglieder zu passiven Zuschauern – ausgerechnet in einer Zeit, wo Bewegungen wie die Proteste gegen Stuttgart 21 zeigen, dass Menschen die politischen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen wollen. Auch damit werden künstliche Barrieren zwischen Linkspartei und außerparlamentarischer Bewegung errichtet, anstatt einen lebendigen Austausch zwischen ihnen zu ermöglichen.

Regierungsbeteiligung, ohne Bedingungen zu formulieren

Der Kern des Papiers von Löttsch, Ernst und Gysi ist das „strategische Ziel“ einer rot-rot-grünen Regierung in 2013, ohne eine solche Koalition – wie noch im Programmentwurf - von irgendwelchen Bedingungen abhängig zu machen: *„Ohne unseren Druck werden sich SPD und Grüne nicht von ihrer Agenda-Politik verabschieden und Angebote für die Lösung zentraler Probleme der Menschen unterbreiten. (...) In diesem Sinne fungiert die LINKE nicht mehr nur als Korrektiv, sie muss zum Motor werden. (...)“*

Auf dieser Grundlage kann die LINKE offensiv für die Abwahl von Schwarz-Gelb auch durch ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis kämpfen. Denn ohne die Beteiligung der LINKEN – das lehrt die Erfahrung der rot-grünen Regierungsjahre – ist von SPD und Grünen 2013 kein Politikwechsel zu mehr Frieden und sozialer Gerechtigkeit zu erwarten.“

Die Behauptung, dass der Druck der LINKEN ausreiche, um SPD und Grüne zum Bruch mit der Agenda-Politik zu bewegen, ist ein Wunschdenken, das der Realität nicht einmal nach dem Regierungswechsel standgehalten hat. Auch in der Opposition, die ja eine etwas radikalere Rhetorik gestattet, ohne den Herrschenden weh zu tun, halten beide Parteien an der Agenda 2010, also der Bereicherung des Kapitals auf Kosten der Lohnabhängigen und Arbeitslosen, fest. Minikorrekturen (beim Renteneintrittsalter, bei Hartz IV, bei der Leiharbeit oder beim Mindestlohn) beziehen sich auf das Marketing dieser Strategie, nicht auf ihren politischen Inhalt, dessen knallharte Umsetzung nun der schwarz-gelbe Teil des bürgerlichen Parteienkartells übernommen hat. Damit ist auch die Schlussfolgerung des Strategiepapiers, dass eine bloße Beteiligung der LINKEN an rot-grünen

Regierungen einen nennenswerten Unterschied zum Sozialkalkuschlag der „rot-grünen Regierungsjahre“ ausmachen würde, durch nichts begründet. Die praktische Erfahrung auf Landesebene, also in Mecklenburg, Berlin und Brandenburg, beweist zudem das glatte Gegenteil: Die Beteiligung der LINKEN an solchen Regierungen hat den Sozial- und Stellenabbau nicht gestoppt, sondern nur die LINKE als Partei des Widerstands dagegen massiv geschwächt. So hat sich z.B. durch die Veröffentlichung der (Geheim)verträge zur Privatisierung der Berliner Wasserwerke herausgestellt, dass die LINKE im Berliner Senat die Garantie von Extraprofiten für die privaten Eigentümer auf Kosten der Bevölkerung und hinter ihrem Rücken verlängert hat. Das Regierungsbündnis mit SPD und Grünen hat also keinen Politikwechsel eingeleitet, sondern umgekehrt die Glaubwürdigkeit von programmatischen Aussagen z.B. gegen die Privatisierungen von kommunalen Dienstleistungen untergraben. Diese unsoziale Regierungspraxis bleibt die Hauptursache dafür, dass die LINKE von der wachsenden Kluft zwischen Bevölkerung und Regierenden und der Legitimationskrise des Systems kaum profitieren kann.

Programmfragen

Während der Programmentwurf Regierungsbeteiligungen der LINKEN nur dann für möglich hält, wenn dort Stellen- und Sozialabbau, Privatisierungen sowie Auslandseinsätze der Bundeswehr ausgeschlossen sind, beschreibt das Strategiepapier diese Punkte nicht als Minimalbedingungen für die angestrebte rotrotgrüne Bundesregierung, sondern allgemein als „Markenzeichen“ linker Politik. Dies lässt offen, was davon in Regierungsverhandlungen aufgegeben oder auf den St. Nimmerleinstag vertagt werden kann. Wenn es im Strategiepapier aber um die eigenständigen „Markenzeichen“ der Linkspartei geht, dann fällt auf, dass explizit sozialistische Ziele nicht mehr dazu gehören sollen. Die im Programmentwurf geforderte Vergesellschaftung von „strukturbestimmenden Großbetrieben“ und deren demokratische Kontrolle wird nicht einmal erwähnt, geschweige denn zum Gegenstand von Kampagnen gemacht. Abgesehen von Banken und Energiewirtschaft geht es „in den Großbetrieben“ nur noch um „Mitarbeiterbeteiligung und Ausbau der Mitbestimmung“. Auch die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich als Antwort auf den Produktivitätsfortschritt bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit gehört nach Meinung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden nicht mehr zu den erwähnenswerten „Markenzeichen linker Politik“. Dazu zählt in dieser Auflistung nur noch, was als Verhandlungsmasse mit der Führung von SPD und Grünen in Frage kommt: Unter diesem Gesichtspunkt ist das Strategiepapier der Parteiführung ein indirekter Angriff auf den antikapitalistischen Kern des Programmentwurfs: Es degradiert das Programm zu einem theoretischen Bekenntnis ohne Folgen für die praktische Tages- und Regierungspolitik, anstatt politische Strategie als Umsetzung von sozialistischen Programmzielen ernst zu nehmen.

Die „Linke in der LINKEN“

Leider hat auch der linke Parteiflügel in den letzten Monaten und auf dem Parteitag in Rostock Regierungskoalitionen mit prokapitalistischen Parteien, die Sozialabbau betreiben, nicht grundsätzlich abgelehnt. Die Strömungsvertreter der „Antikapitalistischen Linken“ und der „Sozialistischen Linken“ hatten sogar eine (Parteitags)Diskussion darüber mit der Begründung abgelehnt, dass die „Haltelinien“ für eine Regierungsbeteiligung im Programmentwurf ausreichend seien. Mit dem Strategiepapier zeigt sich aber, dass nicht nur das „Forum demokratischer Sozialismus“ und die Führung der ostdeutschen Landesverbände, sondern auch die Partei- und Fraktionsvorsitzenden solche Bedingungen entweder ganz kassieren oder zu einer unverbindlichen Beruhigungspille für die Parteibasis machen wollen. Trotzdem behauptet Sarah Wagenknecht in einem Interview in der Jungen Welt vom 23.10., dass ihre Partei- und Fraktionschefs im o.g. Strategiepapier „Ministerposten nur zu unseren Bedingungen“ anstreben würden, und dass „wir uns auf keine Koalition einlassen können, in der wir inhaltliche Kernpositionen aufgeben müssten“. Wie ihr als Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstand bekannt war und nun auch jedes Parteimitglied nachlesen kann, steht das exakte Gegenteil in diesem Papier. Gehört die Vergesellschaftung der „strukturbestimmenden Großbetriebe“ etwa nicht zu den inhaltlichen Kernpositionen der LINKEN, die wir keinen Regierungsbündnissen opfern dürfen? Da niemand behaupten wird, dies sei mit SPD und Grünen durchsetzbar, darf die LINKE für ein Bündnis mit diesen Parteien ebenso wenig zur Verfügung stehen wie für eine Koalition mit der CDU oder anderen bürgerlichen Parteien.

Die „Sozialistische Linke“, die mit Christine Buchholz im Geschäftsführenden Bundesvorstand vertreten ist, hat sich bisher weder zum Strategiepapier, noch zu seiner anfänglichen Geheimhaltung geäußert. Das Netzwerk „Marx 21“ kritisiert zwar in seinem neuen Thesenpapier „Ein (rot)rotgrüner Aufbruch?“ die parlamentarische Fixierung, den Verzicht auf die Haltelinien und die vorausseilende Anpassung an SPD und Grüne, hält solche Regierungsbündnisse aber unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen (also in Zeiten stärkerer Mobilisierung) für durchaus wünschenswert. Damit würde die deutsche Linkspartei den selbstmörderischen Regierungskurs, der die Linke z.B. in Italien in den Abgrund geführt hat, nicht vermeiden, sondern lediglich etwas später, z.B. unter den aktuell in Frankreich herrschenden Bedingungen einschlagen.

Fazit

Die Partei- und Fraktionsführung reagiert mit ihrem Strategiepapier auf die Krise der schwarz-gelben Regierung, die in Umfragen einen beispiellosen Absturz erlebt hat und vor allem in Stuttgart mit Massenprotesten der Bevölkerung konfrontiert ist. Anstatt diese Chance zu nutzen, um die LINKE als grundlegende Alternative zu bestehendem System zu profilieren und so zum Motor für diesen außerparlamentarischen Widerstand zu werden, suchen Löttsch, Ernst und Gysi den noch engeren Schulterschluss mit den Parteien, die in rot-grünen Regierungen den sozialen Kahlschlag eingeleitet haben. Mit diesem Kurs droht sich die LINKE überflüssig zu machen: Warum sollte die Bevölkerung auf eine Kopie der rot-grünen Regierungspolitik setzen, wenn das Original dafür bereits zur Verfügung steht?

Replik von Gerd Nier

Lieber Heino, liebe Genossinnen und Genossen!

Eigentlich führe ich ungern Diskussionen über diesen Weg, sondern lieber in der direkten Begegnung, da dies auch die direkte Erwidmung ermöglicht und zwar von Angesicht zu Angesicht. Deine, Heino, doch deutlich verkürzte Kommentierung des sog. Strategiepapiers von Gesine Löttsch, Klaus Ernst und Gregor Gysi möchte ich nicht so einfach im Raum stehen lassen. Sicher in diesem 6-seitigen Papier finden sich Ansätze zur Kritik. Insbesondere weil manche Thesen eher plakativ formuliert sind und näherer Präzisierung bedürften. Aber das Ganze sollte ja auch kein Dreier-Entwurf für ein neues Parteiprogramm sein, sondern eine Beschreibung zu aktuellen Aufgaben der Bundestagsfraktion aus Sicht der Partei- und des Fraktionsvorsitzenden. Der Programmentwurf der LINKEN wird immer noch von den Mitgliedern begutachtet, diskutiert, verändert und hoffentlich auch noch verbessert. Das daraus resultierende 1. Parteiprogramm unserer Partei wird stellvertretend für uns alle von den Delegierten des Bundesparteitages beschlossen. Ich bitte dich also darum, die Ebenen nicht zu verwischen. Zudem fände ich es dann schon richtig und sinnvoll, wenn man auf einzelne herausgelöste Zitate aus dem sog. Strategiepapier zurückgreift, wesentliche Nebensätze nicht einfach weg zu lassen. Noch einmal: Ich bin kein Bejubler dieses Papiers, halte aber wenig davon, den von uns (das muss nicht heißen von Allen, sondern von einer großen Mehrheit) gewählten Parteivorstand und Gregor Gysi mit Halbwahrheiten und Unterstellungen zu begegnen. Um Deine Kritik für unsere Mitglieder aus meiner Sicht auf eine sachlichere Ebene zu führen und den Mitgliedern eine ernsthafte eigene Meinungsbildung zu ermöglichen hier im nachfolgenden die von Dir so hart kritisierten Aussagen der Drei, allerdings in einer etwas anderen, weitgehend vollständigen Zusammensetzung.

3. Der Politikwechsel ist die Aufgabe der LINKEN

(...)

Gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten befördern

Für einen Politikwechsel müssen andere gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten erreicht werden.

Die LINKE kann dazu einen Beitrag leisten, indem sie mit potentiellen Partnern in einen Dialog tritt. Wir sollten gezielt auf Gewerkschaften, Kirchen, Verbände und Initiativen zugehen und Gespräche über politische Gemeinsamkeiten führen sowie gemeinsame Aktivitäten vorschlagen. Wir sollten die Initiatoren dieses Dialogs sein. Auch eine Zusammenarbeit in Sachfragen mit SPD und Grünen ist sinnvoll, wenn dies ohne Aufgabe unserer Positionen möglich ist.

Parlamentarische Mehrheiten für eine neue Politik werden nicht ohne SPD und Grüne zustande kommen. Derzeit fehlen dafür wichtige Voraussetzungen. Einerseits schließen SPD und Grüne die LINKE nicht mehr als möglichen Tolerierungs- bzw. Koalitionspartner aus. Andererseits lassen sie auch kein Interesse an einem kooperativen Umgang erkennen. Wichtiger noch: Ihr Anspruch auf eine sozial-ökologische Reformpolitik bleibt im Ungefähren. Sie drücken sich darum, die Voraussetzungen für einen Politikwechsel zu schaffen, indem sie ihre in Regierungszeiten getroffenen falschen Entscheidungen - Sozialabbau, Krieg, ungezügelter Finanzmärkte - höchstens ungenügend korrigieren.

Strategisches Ziel der LINKEN

Ohne unseren Druck werden sich SPD und Grüne nicht von ihrer Agenda-Politik verabschieden und Angebote für die Lösung zentraler Probleme der Menschen unterbreiten. Wir müssen eine klare inhaltliche Auseinandersetzung mit beiden Parteien führen und dabei an unseren Kernpositionen festhalten. Und wenn SPD und Grüne dadurch zu einer sozialeren Politik finden, umso besser. In diesem Sinne fungiert die LINKE nicht mehr nur als Korrektiv, sie muss zum Motor werden.

Auf dieser Grundlage kann die LINKE offensiv für die Abwahl von Scharz-Gelb auch durch ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis kämpfen. Ein rein auf Koalitionsarithmetik orientiertes Zugehen der LINKEN auf SPD und Grüne wäre kontraproduktiv und demobilisierend. (...)

Ölwechsel für den Motor

Strategische Anmerkungen von Stefan Rehfus, Mitglied im Kreisverband Göttingen, zum Text der Parteiführung der LINKEN vom 25.10.2010

In ihrem Strategiepapier „Zum Motor für den Politikwechsel werden“ [1] vom 25. Oktober 2010 äußern sich Gesine Löttsch, Klaus Ernst und Gregor Gysi zu den aktuellen Aufgaben der LINKEN und ihrer Bundestagsfraktion.

In ihrem Papier, das leider jede theoretisch durchdachte und strategisch begründete Tiefe vermissen lässt, fordern die LINKEN-Spitzen richtigerweise, den „Einfluss (der LINKEN) auf die öffentliche Meinungsbildung und das Alltagsbewusstsein bei aktuellen Themen zu vergrößern sowie unser Profil gegenüber SPD und Grünen zu schärfen“. (...) „Der erste Schritt hin zu einem Politikwechsel besteht darin, die Regierungspolitik zu entlarven“ [1]. Das ist schön, aber ROT/GRÜN gelingt es momentan Dank medialer Dauerpräsenz einfach besser, sich über die 5 Euro mehr bei HartzIV .aufzuregen, auch wenn sie selbst in Konsequenz die Deklassierung von Teilen der Bevölkerung mit ihrer Agenda-Politik initiiert und zu verantworten haben. Die LINKE Parteiführung meint, aus dieser wahltaktisch motivierten Betroffenheitsarie einen Schwenk von ROT/GRÜN zu erahnen, so dass ein „Stups“ der LINKEN in die richtige Richtung für eine andere Politik ausreicht: „Ohne unseren Druck werden sich SPD und Grüne nicht von ihrer Agenda-Politik verabschieden und Angebote für die Lösung zentraler Probleme der Menschen unterbreiten“. (...) Und wenn SPD und Grüne dadurch zu einer sozialeren Politik finden, umso besser.“. Und später dann, folgerichtig: „Nur eine starke LINKE mit eigenem Profil erreicht auch die Stärke, um eine Option auf Regierungsverantwortung zu entwickeln.“ (...) „Ohne die Beteiligung der LINKEN – das lehrt die Erfahrung der rot-grünen Regierungsjahre – ist von SPD und Grünen 2013 kein Politikwechsel zu mehr Frieden und sozialer Gerechtigkeit zu erwarten“.

Zu befürchten ist allerdings, dass auch eine LINKE Regierungsbeteiligung eben diesen Politikwechsel nicht bewerkstelligen wird. Denn ein vergleichbares Zitat kann sicher auch aus den Jahren vor 1998 (Beginn der Rot-Grünen Bundesregierung) gefunden werden; damals beriefen sich schließlich die GRÜNEN als Juniorpartner darauf, dass ohne ihre Hilfe die SPD nicht zu einer wirklich sozialen und ökologischen Politik in der Lage sei.. Die Ergebnisse dieses „Politikwechsels“ sind uns lebhaft in Erinnerung: Angriffskriege gegen Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Agenda 2010 und Dosenpfand.

Um der LINKEN Parteispitze bei der Suche nach neuen „Alleinstellungsmerkmalen“ etwas auf die Sprünge zu helfen, schadet es sicher nicht, sich zu vergegenwärtigen, in welcher historischen

Situation wir uns derzeit befinden. Alle Strategien ohne Berücksichtigung des Gangs der Geschichte sind das Papier nicht wert, auf dem sie verfasst worden sind.

Weltweit brechen immer wieder Börsen- und Währungskurse ein, gehen Banken pleite und rutschen ganze Staaten an den Rand des Bankrotts. Gigantische Summen werden weltweit bewegt. Ein Liquiditätsengpass und damit eine deflationäre Krise wie 1929 ff. soll mit allen Mitteln verhindert werden. Dazu werden die Zinssätze nahe Null gefahren, die Welt mit Dollar geflutet, möglicherweise sogar das Währungssystem über kurz oder lang neu aufgestellt. „Wir (haben) (...) international mit Blick auf die eskalierende Finanzkrise in den Abgrund geschaut“, so Finanzminister Steinbrück (SPD) in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 15.10.08 [2]. Und wäre auf dem G7-Gipfel am Wochenende zuvor keine internationale Einigung erreicht worden, wäre es eng geworden für das Währungs- und Weltwirtschaftssystem. Da die Ursachen der Krise nicht beseitigt, sondern nur mit Bergen frisch gedruckten Geldes notdürftig überdeckt wurden, ist ein neuerlicher Einbruch der Wirtschaft, diesmal mit noch größerer Fallhöhe, nicht eine Frage des OB, sondern des WANN.

Das System bleibt fragil

Jede neue Negativschlagzeile, jede neue Schieflage einer großen Kapitalgesellschaft kann das Tor zum Steinbrückschen Abgrund erneut öffnen.. Die Bank of England warnt in diesem Zusammenhang vor der Gefahr eines „Mega-Domino-Day“. Zitat: „Die Instabilität des Finanzsystems in der jüngsten Vergangenheit ist so groß wie seit Menschengedenken nicht“ [3]. Kein Wunder also, dass die hektische Betriebsamkeit der Finanz- und Industriemagnaten und ihrer politischen Klasse weiter bestehen bleibt, wenn auch vermehrt hinter den Kulissen. Inzwischen dürfte wohl auch internationale Einigung darin bestehen, nicht all zu offen der Krise das Wort zu reden. Das „Vertrauen“ soll erhalten bleiben. „Vertrauen“ der Bürger in die Sicherheit ihrer Spareinlagen und Renten, „Vertrauen“ der Marktteilnehmer untereinander, „Vertrauen“ aller in die Richtigkeit der Maßnahmen, in „unser Wirtschaftssystem“ und zu denen, die darüber walten und wachen.

Das kannte auch schon Kurt Tucholsky, denn 1929 war es ganz ähnlich:

„Jede Wirtschaft beruht auf dem Kreditsystem, das heißt auf der irrtümlichen Annahme, der andre werde gepumptes Geld zurückzahlen. Tut er das nicht, so erfolgt eine sog. „Stützungsaktion“, bei der alle, bis auf den Staat, gut verdienen. Solche Pleiten erkennt man daran, dass die Bevölkerung aufgefordert wird, Vertrauen zu haben. Weiter hat sie ja dann auch nichts mehr.“ [4]

In weiser Voraussicht – oder mangels Vertrauen ? – hat inzwischen jeder fünfte Berufstätige seine private Altersvorsorge gekündigt [5]. Das Vertrauen großer Teile der Bevölkerung in die Stabilität und den Fortbestand des Systems geht offenbar nicht so weit wie das der LINKEN Spitzenpolitiker.

Global-Ökonomie ist die Metaphysik des Pokerspielers

Warum also Vertrauen haben ? Haben nicht gerade viele Menschen mit dem jahrelangen Vertrauensvorschuss, den sie Politikern, Banken, Versicherungen, Fonds und Aktiengesellschaften gaben, ihr Erspartes, teilweise sogar ihre Altersvorsorge verloren ?

Vertrauen auf einen ROT-ROT-GRÜNEN „Politikwechsel“ ? Erleben wir nicht gerade in den USA, wie der halbherzige „Wechsel“ („Change“) Obamas abgestraft wird und sich die enttäuschten Menschen extremistischen, reaktionären Gruppen wie der Tea-Party-Movement zuwenden, die Emotionen bedienen und im Sinne des reaktionärsten Teils der Eliten kanalisieren ? Wenn die LINKE in Regierungsverantwortung einen „Politikwechsel“ mit zu verantworten hat, der keiner ist, wird sie bedeutende Teile ihrer Basis und ihres noch brachliegenden Wählerpotentials auf lange Zeit verlieren. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es auch in Deutschland eine populistische rechtskonservativ bis –extreme Partei geben wird, die dann als Sammelbecken der Enttäuschten, Verlierer und Ausgeschlossenen dient. Im Resteuropa sehen wir sie bereits an allen Ecken und Enden entstehen und mitunter in Regierungsverantwortung gehen. Gegen das, was dann an autoritären und repressivem Durchsetzungsregime droht, ist der Agenda-Neoliberalismus ein Sonntagsspaziergang. In diesem Zusammenhang sei der Hinweis erlaubt, dass die NSDAP bei der Reichstagswahl 1928 lediglich 2,6 % der Stimmen erhielt. Hier soll kein historischer Vergleich

gezogen, aber aufgezeigt werden, dass bestimmte historische Situationen eine unabsehbare Dynamik erzeugen können. Durch die weltweite Vernetzung des Informationsflusses ist davon auszugehen, dass sich politische Dynamiken inzwischen sogar beschleunigen, ist doch die amerikanische Tea-Party-Movement erst knapp 2 Jahre alt. .

Doch was kann die LINKE tun, um die historische Dynamik im Sinne einer progressiven und sozialen Politik für sich zu nutzen ?

Wie lange wollen wir uns die Reichen noch leisten ?

Der Privatbesitz an Vermögen der globalen Elite, das allein in Steuerparadiesen wie Luxemburg, der Schweiz oder Jersey am Fiskus vorbei auf Konten geführt wird, beträgt die unglaubliche Summe von 11,5 Billionen Dollar. Ein Bruchteil dieser Summe würde ausreichen, die UN-Millenniumsziele zur Armutsbekämpfung unmittelbar umzusetzen [6]. Einen Bruchteil dieser Summe – geschätzt ca. 3 - 4 Billionen Dollar - machen auch die bisherigen „Finanzmarkt“-Rettungspakete aus. Warum also überhaupt die Staatsfinanzen und somit Steuergelder bemühen, wenn doch andere das aus der Portokasse bezahlen könnten ? Fakt ist, dass rd. 10 % des Staatshaushalts oder rd. 38,85 Milliarden € der Bedienung des Schuldendienstes zugeordnet sind (Haushaltsposition „Bundesschuld“) [7]. Knapp 95 % davon sind Verzinsungen für Bundesanleihen, -obligationen und –schatzbriefe. Zum Vergleich: die im Bundeshaushalt vorgehaltenen Leistungen für das sog. „Arbeitslosengeld II“ betragen in 2010 rd. 23,9 Milliarden €, also deutlich weniger, als die Zinszahlungen an die Gläubiger der Bundesrepublik.

Das bedeutet nichts anderes, als das vornehmlich private Investoren, die ihre Überschüsse in Wertpapiere der Bundesrepublik anlegen, sich dieses „Geld leihen“ vom Steuerzahler (und damit über den Weg der indirekten Steuern auch von HartzIV-Empfängern) gut bezahlen lassen. Die genaue Zusammensetzung der Gläubiger der Bundesrepublik Deutschland ist wenig transparent, es ist aber bekannt, dass etliche große Banken, Kapitalgesellschaften und Hedgefonds bzw. deren private Mehrheitseigner zu den Investoren zählen. Also genau jene Gruppe, die sich einerseits mit staatlichen Milliardenstützungen „retten“ lässt, und die andererseits ihre erzielten und wieder angelegten Gewinne genau aus den Taschen derer gezogen hat, die seit Jahren bei stagnierenden Löhnen und Gehältern Mehrarbeit zu immer schlechten Bedingungen bei eben jenen Gesellschaften leistet.

Allein diese Fakten schreien geradezu nach einem Zinszahlungsmoratorium, das zumindest für jene Investoren gefordert werden sollte, die direkt oder indirekt staatliche Unterstützung erhalten. Dies ist sicher eine plakative und provokante Forderung, die das Profil der LINKEN in der Öffentlichkeit deutlich schärfen kann.

„Wie lange können wir uns die Reichen noch leisten ?“ So fragt Erwin Wagenhofer in einem Zwischentitel seines Films „Lets make Money“. Wie lange wollen wir uns die Reichen noch leisten, so müsste es richtig heißen. In der Krise hat sich nicht nur ein Tor zum „Abgrund“ aufgetan, sondern auch ein Tor zur Erkenntnis. Wohl noch nie in den letzten Jahrzehnten ist einer breiten Masse so deutlich geworden, wie globale Enteignung funktioniert. Während Gewinne einiger Weniger privatisiert werden, werden Verluste sozialisiert, der Gemeinschaft Vieler aufgebürdet. Dass trotz aller Schönrederei jeder einfache Bürger die Zeche später durch höhere Abgaben und weniger staatliche Leistungen bezahlen wird, ist mittlerweile wohl jedem klar, und groß ist der Zorn und die Unverständnis derer, für die in den letzten Jahren nichts übrig war, während neuerdings scheinbar problemlos Milliarden aus dem Hut gezaubert werden können, für Banken, Boni und Prestigeobjekte wie Stuttgart 21. Jeder, der es nötig hat, wird sich daran erinnern, dass diese Summen in den letzten Jahren weder bei den Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr noch bei der notwendigen finanziellen Ausstattung von Schulen und Universitäten oder der Förderung sozialer und kultureller Einrichtungen vorhanden waren. Und in einem Anfall von „Großzügigkeit“ erhöht die Bundesregierung dann noch den HartzIV-Regelsatz um phantastische 5 Euro.

Eigentlich eine Sternstunde für die Linke – die LINKE -, möchte man meinen. Marxistischer Anschauungsunterricht für jeden, der auch nur ein paar Seiten Marx aus dem Gemeinschaftskundeunterricht der 9. Klasse kennt, auch wenn der schon 20 Jahre her ist.

Kapitalismuskritik frei Haus, zur besten Sendezeit durch die Tagesschau und in Talkshows, in denen sich Aufsichtsräte und Vorstände die Klinke in die Hand geben, um an Image der Wirtschaftselite zu retten, was nicht mehr zu retten ist und dabei so hilflos vor sich hinquacksalbern, dass man schon fast Mitleid bekommt.

125 Jahre nach Marx Tod DIE Stunde also, um einen linken Gegenentwurf vorzustellen und die Grundlage für eine starke, gesellschaftlich interventionsfähige Linke zu schaffen. Doch weit gefehlt. Die LINKE gibt sich staats- und systemtragend und empfiehlt das, was die Sozialdemokratie seit jeher empfiehlt, wenn es mit der Wirtschaft bergab geht. Es lebe das Konjunkturprogramm. *„Gerade weil die Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft in Deutschland durchschlagen, den konjunkturellen Abschwung massiv verstärken kann, muss jetzt gegengesteuert werden. Durch Stärkung der Binnennachfrage – alles andere ist unverantwortlich. (...) Die LINKE fordert, dass auch die EZB Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung wahrnimmt und ihre Zinssenkungsspielräume nutzt – rechtzeitig und hinreichend kräftig“* [8]

Zurück zu Keynes ?

Weiter reicht der Rückgriff in die Vergangenheit offenbar nicht, dabei wäre doch ein Rückgriff auf Marx auf eine sich immerhin noch sozialistisch nennende LINKE viel spannender, denn im Gegensatz zu Keynes wollte dieser nicht den Kapitalismus retten. Was momentan passiert, hatte Marx schon recht genau als „Überproduktionskrise“ beschrieben, auch wenn er weder IT-Branche noch Immobilienblasen kannte. Man kann aber auch in der Gegenwart bleiben, denn auch heute gibt es hervorragende Theoretiker, die die Lage treffend auf Marx'schem Niveau beschreiben. Zum Beispiel der Wertkritiker Robert Kurz, der die momentane Krise als tiefgreifende, systemische Krise des Kapitalismus begreift. Er sieht zurecht die Finanzspekulationen nicht als die Ursache der Krise, sondern umgekehrt als Folge mangelnder realer Verwertungsmöglichkeiten.

„Je höher die Produktivkraft durch Verwissenschaftlichung, desto geringer die Wertschubstanz der einzelnen Ware und desto größer die Vorkosten der Produktion. (...) In der 3. industriellen Revolution der Mikroelektronik kulminiert dieser Widerspruch. Wachstum geht nur noch durch wachsende Verschuldung auf allen Ebenen, also durch einen immer größeren Vorgriff auf zukünftigen Mehrwert, der real nicht mehr eingelöst werden kann, weil die Produktivitätssteigerung die Wertschubstanz aushöhlt.“ [9]

Diese Krise, die derzeit nur eine Atempause einlegt, aber längst nicht beendet ist, wird zu einer massiven Inflationierung führen, zu massivsten antisozialen Einschnitten zur Krisenbewältigung, verbunden mit Repression im Inneren und weiteren Kriegen im Äußeren. In den USA wurde durch den "John Warner Defense Authorization Act 2007" der Weg für den Einsatz amerikanischen Militärs im Inland im Rahmen von "Naturkatastrophen, Epidemien oder anderen schwerwiegenden Gefährdungen der öffentlichen Gesundheit, terroristischen Anschlägen, oder sonstigen Vorfällen" geebnet. In diesem Lichte betrachtet bekommt auch die in der Bundesrepublik forcierte Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren – aktuell wieder durch Amtshilfegesuche der Polizei an die Bundeswehr im Rahmen der CASTOR-Transporte - eine neue, beunruhigende Dimension.

Vorwärts immer, rückwärts nimmer

Wer eine linke Perspektive entwickeln will, muss diese Fakten kund tun, denn es gibt nach dem Neoliberalismus kein Zurück zum Keynesianismus und zum Sozialstaat.. Im besten Fall ist daher das Insistieren der LINKEN auf diesen Rezepten Hilflosigkeit bar jeder Alternative. Im schlechtesten Fall wird daraus Komplizenschaft. Denn nicht der keynesianistisch geprägte „Sozialstaat des 21. Jahrhunderts“ mit „Ausbau des öffentlichen Dienstes“, „Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors“ und der „Verknüpfung einer neuen Sozialpolitik mit dem Projekt eines europäischen Sozialstaats“[1] steht im Zusammenspiel mit ROT/GRÜN auf der Agenda, sondern allenfalls eine sozialpolitische Kosmetik, die in der Konsequenz den Fortbestand des Neoliberalismus sichert und den zu erwartenden Widerstand dagegen kanalisiert, schwächt und den konsequentesten Teil mit Repression bekämpfen wird.. Anfang Juni 2010 verdeutlichte der Präsident der EU-

Kommission Barroso, wie er ungefähr den Spielraum für einen von der LINKEN Parteispitze herbeigeträumten „europäischen Sozialstaat“ einschätzt:

Jose Manuel Barroso informierte Gewerkschaftsführer am 11. Juni 2010 über die EU-Rettungspakete und beschrieb ein Szenario für die am schlimmsten durch die Schuldenkrise betroffenen südeuropäischen Länder. Der Zusammenbruch der staatlichen Aufgaben aus Geldmangel, Verlust des Einkommens und allgemeine Notlage, könnte zu massiven Aufständen führen, welche eine Übernahme der Kontrolle durch das Militär notwendig macht. [10]

Der Chef des Europäischen Gewerkschaftsbunds John Monks sagte in einem Interview, er war „*schockiert*“ über die drastische Warnung von Barroso. *„Ich hatte eine Diskussion mit Barroso letzten Freitag, was man für Griechenland, Spanien, Portugal und dem Rest tun könnte und seine Botschaft war unverblümt: ‘Schauen Sie, wenn sie nicht diese Sparmassnahmen durchziehen, dann werden die Länder praktisch verschwinden, so wie wir sie als Demokratien kennen. Sie haben keine Wahl, so sieht’s aus.’“*[11]

Will die LINKE Teil der Lösung und nicht des Problems sein, muss sie Ross und Reiter nennen. Dann gibt es keine Option auf Regierungsbeteiligungen und Ministerämter, sondern nur noch die Aufgabe, kompromisslos an der Seite derer zu stehen, die im nächsten Krisenschub massiv betroffen sein werden und ihre soziale Stellung verlieren. Das bedeutet auch, im besten marxistischen Sinne das Parlament als Bühne zu nutzen, aber die Strasse und die Versammlungssäle – dicht bei den Menschen - als Ort der politischen Gestaltung zu wählen. Das schließt nicht aus, progressive Gesetzesvorhaben z.B. einer Rot-Grünen Minderheitsregierung durch die Beschaffung parlamentarischer Mehrheiten zu unterstützen. Diese Gestaltungsform ermöglicht es erst, das von der LINKEN-Spitze geforderte Profil zu zeigen (und nicht in einer Koalition bis zur Unkenntlichkeit aufzugeben) und den Motor anzuwerfen, der dringend benötigt wird, um eine wirklich andere Politik anzuschieben, auf die die Menschen dringend warten.

Linke Politik, die sich bei nicht-tragbaren Beschlüssen auch verweigert und konsequent ihr Ziel für eine soziale, friedliche und gerechte Gesellschaft verfolgt, wird in diesen Zeiten keine Schönwetterpolitik sein, und die Beschimpfungen, denen die LINKE heute ausgesetzt ist, sind geradezu Lobhudelei gegen das, was dann zu erwarten ist. Dies gilt es auszuhalten, und der mit Sicherheit wachsende Zuspruch in der Bevölkerung wird dafür entschädigen. Aber verbale Opposition und Systemkritik allein wird nicht ausreichen, die Glaubwürdigkeitsblase der LINKEN vor dem Platzen zu bewahren. Es ist zwingend erforderlich, dass ökonomische und politische Alternativen zum untergehenden Neoliberalismus entwickelt werden, denn nur so kann die Krise als Chance zur Transformation der Gesellschaft auf ein höheres Entwicklungsniveau dienen. Auf politischer Ebene ist dies die partizipative, teilhabende Demokratie, die die anachronistische Stellvertreterpolitik der repräsentativen Demokratie zunächst begleiten, später ablösen kann. Der Ruf nach Mitbestimmung und gegen Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen ist nicht nur bei den Protesten um Stuttgart 21 oder die Atompolitik zu vernehmen. Er ist auch an den Universitäten zu hören, an den Schulen und - leise noch – auch in den Betrieben. „No Representation without Participation“ – keine politische Vertretung ohne Teilhabe an den Entscheidungsprozessen -, dieser Ruf, der schon während der ersten großen Demonstrationen gegen die neoliberale Globalisierung in Seattle 1999 zu hören war, wird immer manifester. Die Forderung nach Teilhabe manifestiert sich bei den Protesten in Stuttgart, sie ist zentral im Widerstand gegen die Atompolitik, und sie ist an vielen anderen Stellen, bei kleinen und großen Projekten, bei Ortsumgehungen, Bahntrassen oder auch Windrädern zu spüren. Die Menschen spüren, dass im Zeitalter der informationstechnischen Vernetzung, in der Zeit und Raum in der virtuellen Welt des Internet keine Rolle spielen, die repräsentative Demokratie mit Entscheidungsprozessen von Oben herab nicht mehr Zeitgemäß sind. Wer bei sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter tagtäglich erlebt, wie Informationen sich verbreiten, Initiativen gestartet und Abstimmungen abgehalten werden, der wird einfach nicht mehr akzeptieren, dass auf 4 oder 5 Jahre gewählte Stellvertreter Politik machen, die den eigenen Vorstellungen teilweise massiv widersprechen. Diese Bruchlinie geht quer durch die Parteien. Auch hier zeigt uns die Bewegung gegen „Stuttgart21“, dass sich z.B. traditionelle CDU-Wähler in bestimmten Fragen nicht mehr durch ihre Vertreter repräsentiert fühlen. Politik wird sich daher zukünftig stärker an Sachfragen orientieren müssen, und weniger an Parteibüchern. Und die „Volksvertreter“ werden es sich gefallen lassen müssen, dass ihnen eine sich selbst organisierende Bevölkerung immer stärker auf die Finger schaut und ihre Positionen jederzeit überprüft und in Frage stellt. Die Möglichkeit zur Kontrolle gibt

es bereits heute – was fehlt, sind institutionalisierte Elemente direkter Demokratie, die z.B. ein imperatives Mandat (Möglichkeit der Abwahl von Parlamentariern innerhalb der Legislaturperiode) beinhalten.

Elemente direkter Entscheidungen durch die Bevölkerung, die heute durch die neuen Informationstechniken möglich geworden sind, begleiten schon seit einigen Jahren die politischen Prozesse in Lateinamerika, z.B. bei der Verabschiedung von Bürgerhaushalten oder Mitbestimmung von Basisinitiativen bei der Gesetzgebung. Untrennbar einher geht damit die Frage nach der Kontrolle der Medien, denn eine Teilhabe, die diesen Namen verdient, setzt auch voraus, dass keine Informationsmonopole durch mächtige Interessengruppen ausgenutzt werden. Der gleichberechtigte Zugang aller gesellschaftlichen Gruppen zu Informationen und Medien ist daher unabdingbare Voraussetzung für weitere Schritte zu einer direkten, partizipativen Demokratie. Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass neue, basisdemokratische Elemente nicht zur Posse verkommen, in dem man der Bevölkerung lediglich bei untergeordneten Fragen Entscheidungsspielräume einräumt oder gar verschiedene Bevölkerungsgruppen beim Kampf um Haushaltsmittel gegeneinander ausspielt und in die Verwaltung des Mangels integriert. Hierbei kann die LINKE klare Positionen beziehen und z.B. von „Demokratiespielchen“ mit Rundem Tisch a la Stuttgart 21 Abstand nehmen, so lange solchen Gremien keine Entscheidungsgewalt zukommt und alle Diskussionen letztendlich ohne Konsequenzen bleiben (sollen). Genügend interessante und ausbaufähige Diskussions- und Betätigungsfelder für die LINKE also, um politisch in die Offensive zu kommen – wenn man nur will.

Die Linke benötigt ein Projekt!

Nicht nur die LINKE ist derzeit politisch schwach und kann nicht von den politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise profitieren. Es sei daran erinnert, dass sich das z.B. das globalisierungskritische Netzwerk Attac ähnliche Sorgen macht. Die Gründe sind vergleichbar, denn das eigene Profil verblasst und geht in der Masse unter, wenn die bisherigen Alleinstellungsmerkmale plötzlich mehrheitsfähig werden und von Protagonisten vorgetragen werden, von denen dies nicht zu erwarten war. Nachdem nun auch der Bundestag den ungezügeltten Finanzmarktkapitalismus zumindest verbal bändigen will und sich sogar Wolfgang Schäuble für eine Finanztransaktionssteuer stark macht [12], fehlt einfach das weitergehende Konzept.

Nicht anders bei der LINKEN. Mit der Kritik an der unsozialen Politik der Regierungsparteien steht sie nicht mehr allein, sondern im Wettstreit mit SPD und GRÜNEN, wobei zumindest letztere bei Themen wie der Umweltpolitik zusätzlich punkten können. Was interessiert es da schon, dass die sozialpolitischen Positionen der Agenda-Parteien wenig glaubwürdig sind? Fakt ist, dass die Positionen der LINKEN im Trommelwirbel von ROT/GRÜN kaum noch auffallen, zumindest aber kein Alleinstellungsmerkmal mehr sind. Die Auffassung von Gesine Lötzsch, Klaus Ernst und Gregor Gysi, diesen grundsätzlichen Mangel durch etwas lauterer Mittrommeln um ein bisschen mehr Lohngerechtigkeit, einen etwas höheren Mindestlohn etc. beheben zu können, geht am Kernproblem vorbei. Eine anderer Takt, eine andere Melodie muss her, um (wieder) gehört zu werden!

70 % der Bevölkerung haben das „kapitalistische Wirtschaftssystem“ als Ursache der Krise erkannt [13]. Warum also daran festhalten und auf eine Regierungsbeteiligung mit ROT/GRÜN hinarbeiten, die allenfalls Kosmetik erlaubt, die so dünn ist, dass jeder, der schauen kann, die alte Fratze erkennen wird?

Die LINKE benötigt ein neues historisches Projekt, ein konkretes Übergangsprogramm für die Transformation der Gesellschaft in eine nicht-kapitalistische Epoche, den Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dabei kann auf bereits bestehende oder sich in der Entwicklung befindliche Konzepte zurückgegriffen werden, die sich nicht gegenüberstehen, sondern in weiten Teilen ergänzen und in gemeinsamen Diskussionsprozessen weiterentwickelt werden können (z.B. PARECON, Peer-to-Peer-Ökonomie, Äquivalenzwirtschaft, ökonomisches Übergangsprogramm für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts von Cockshott, Dieterich et al.)

Ein solches Übergangsprogramm [14] ermöglicht es, einen neuen Diskurs zu starten, auf grundsätzlich anderer Ebene als auf der reinen Systemkosmetik. Zu diesem Übergangsprogramm gehören partizipative Elemente wie Volksentscheide und imperative Mandate ebenso wie grundsätzliche ökonomische Alternativen wie z.B. die Äquivalenzökonomie [15], die auf der in Produkten und Dienstleistung aggregierten Arbeitszeit als einzigem wertgebenden Faktor und

Ausgangsbasis für einen wertgleichen Tausch beruht. Die dahinter stehenden Zusammenhänge sind einfach, und in einer Zeit, in der wir aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren ganz massive Einschnitte bei Preisen von Produkten, aber auch bei Löhnen erleben werden, ist dieses Konzept einer breiten Masse als wirtschaftspolitische Alternative vermittelbar.

Die theoretischen Ansätze sind vorhanden, und die Diskussionen und Erfahrungen im sich bildenden lateinamerikanischen Machtblock, in dem der Sozialismus des 21. Jahrhunderts zur Hoffnung und gestalterischen Kraft von Millionen Menschen geworden ist, sind Perspektive und Ansporn zugleich, auch im Herzen des kapitalistischen Raubtiers diese Alternativen weiterzuentwickeln. Solidarisch, internationalistisch. Will die LINKE ihre Daseinsberechtigung behalten und zur Hoffnung Vieler werden, ist es ihre Aufgabe, diese Diskussion auf breiter Basis zu führen und materiell zu unterstützen. Niemand in der Bevölkerung braucht Manager wie die Herren Grube oder Ackermann, aber wo ist eine strategische Initiative der LINKEN, gemeinschaftlich mit fortschrittlichen Soziologen, Ökonomen und Vertretern von sozialen und politischen Basisbewegungen an der großen Aufgabe einer ökonomischen und gesellschaftlichen Transformation für das 21. Jahrhundert zu arbeiten? Wäre es nicht Sache der LINKEN, genau diese Prozesse jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik zu initiieren und zu befördern, anstatt Regierungsbeteiligungen das Wort zu reden?

Robert Kurz endet eines seiner Essays mit den Worten: *Sogar in den „Tagesthemen“ darf inzwischen gefragt werden, ob der Kapitalismus noch zu retten ist. Da wäre es doch ein wenig peinlich, wenn ausgerechnet der Linken auch nichts anderes als die perspektivlose Retterei mehr einfällt.*“ [16]

Dem kann man sich nur anschließen. Denn etwas anderes würde die Geschichte auch nicht verzeihen.

Stefan Rehfus, Mitglied im Ortsverband Göttingen, 04.11.2010

Quellen:

[1] <http://die-linke.de/fileadmin/download/misc/20101025-motor-fuer-politikwechsel.pdf>

[2] http://www.bundesregierung.de/nn_1514/Content/DE/Bulletin/2008/10/109-2-bmf-bt.html

[3] Financial Times Deutschland, 28.10.08

[4] Kurt Tucholsky, Kurzer Abriss der Nationalökonomie, 1931

[5] http://www.welt.de/print/die_welt/finanzen/article10124229/Deutsche-sparen-bei-ihrer-Altersvorsorge.html

[6] Informationen aus der Dokumentation „Lets Make Money“ von Erwin Wagenhofer

[7] bund.offenerhaushalt.de

[8] Sofortprogramm gegen die Wirtschaftskrise; Beschluss des Parteivorstands DIE LINKE vom 29.09.08 (Beschluss 2008 – 27)

[9] Robert Kurz im Interview, „Die Mutter aller Krisen“, Internet-Zeitschrift „telepolis“, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/28/28904/1.html>, 14.10.08

[10] <http://www.heise.de/tp/blogs/8/147988>

[11] <http://www.dailymail.co.uk/news/worldnews/article-1286480/EU-chief-warns-democracy-disappear-Greece-Spain-Portugal.html>

[12] <http://www.n-tv.de/politik/Schaeuble-stellt-klar-Wir-sind-dafuer-article884115.html>

[13] <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33570/1.html>

[14] <http://www.puk.de/de/nhp/1033-das-uebergangsprogramm-fuer-den-demokratischen-sozialismus-des-21-jahrhunderts-in-europa-.html>

[15] <http://www.puk.de/de/nhp/puk-downloads/sozialismus-xxi-deutsch/2-das-aequivalenz-prinzip-als-grundlage-der-global-oekonomie.html>

[16] Robert Kurz, „Ist der Kapitalismus zu retten?“ in der Wochenzeitung „Freitag“, 24.10.08]

Jubelstimmung – Deutschland, einig Vaterland?

Ein Beitrag von Wolfgang Bittner zu unserer Veranstaltung am 3. Oktober 2010 im Naturfreundehaus

20 Jahre deutsche Einheit – ein Grund zum Feiern? Das ist die Frage. Zunächst aber habe ich mich gefragt, wie es denn 1989 und 1990 in Deutschland aussah. Da gab es nach dem sich anbahnenden Zerfall des sogenannten Ostblocks immer noch die BRD und die DDR. Die Bundestagswahlen in der BRD standen bevor; als Kanzlerkandidat trat Oskar Lafontaine 1990 gegen Helmut Kohl an. Laut den statistischen Erhebungen stand die SPD mit ihrem Kandidaten Lafontaine in der Wählergunst vorn. Aber der damalige Bundeskanzler Kohl reiste nach der Öffnung der Grenze und der Auszahlung von Begrüßungsgeld an die „armen“ Brüder und Schwestern zum Wahlkampf in die DDR. Er versprach blühende Landschaften und die D-Mark und erreichte die Vereinigung der beiden deutschen Staaten – oder vielmehr die Übernahme der DDR durch die BRD – noch kurz vor der Wahl, sodass die Menschen in der ehemaligen DDR ebenfalls den neuen gesamtdeutschen Bundestag wählen konnten. Durch diesen Schachzug, der heute in den Medien allgemein als großartige Leistung Kohls gefeiert wird, gewann er seinerzeit die Wahl. Und das Leben in Deutschland veränderte sich grundlegend. Sozialabbau, Finanzmarktkapitalismus, Kriegseinsätze, Entstaatlichung und Entsolidarisierung der Gesellschaft sind nur einige wenige Stichworte dafür.

In den folgenden Jahren wurde das Staatsvermögen der DDR versilbert. Es floss weitgehend in die Taschen der Spekulanten, die ihre Chance erkannt hatten, nutzten und in ihren windigen Geschäften nicht nur nicht gehindert, sondern noch gefördert wurden. Das dem Volk der DDR gehörende Vermögen wurde also privatisiert. Das war – so lässt sich rückblickend feststellen – der größte Betrugs-Skandal in der Geschichte der Bundesrepublik: Die „Abwicklung“, wie man es nannte, des DDR-Vermögens durch die Treuhand-Anstalt.

1990 schätzte der erste Treuhand-Chef, Detlef Rohwedder, das DDR-Vermögen auf ca. 600 Milliarden DM. Bei der Auflösung der Treuhand-Anstalt im Jahre 1994 betrugen die Schulden ca. 250 Milliarden DM. Gute Geschäfte für Spekulanten und Betrüger, staatlich organisiert, auf Kosten der Bevölkerung. Der allergrößte Betrugs-Skandal folgte dann allerdings ab 2007 und 2008, offenkundig zunächst mit der Pleite der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers und in Deutschland mit der drohenden Insolvenz der Hypo Real Estate Bank. Es stellte sich heraus, dass deutsche Banken auf dem internationalen Finanzmarkt Roulette gespielt und wertlose Papiere in Billionenhöhe erworben hatten; auch die Landesbanken, die einen öffentlichen Auftrag wahrzunehmen haben, wozu keinesfalls die getätigten Spekulationsgeschäfte gehörten.

Das zur Bankenrettung bereitgestellte Kapital erreichte die unvorstellbare Summe von 500 Milliarden Euro. Allein bei der Hypo Real Estate Bank fehlten 102 Milliarden, dann noch einmal 40 Milliarden und kürzlich wurden Papiere der Hypo Real Estate Bank im Wert von 200 Milliarden Euro in eine sogenannte Bad-Bank ausgelagert. Wie es weitergeht, steht in den Sternen, zur Rechenschaft gezogen wurde niemand.

Seit dieser unter der Bezeichnung „Internationale Finanzkrise“ laufenden verbrecherischen und desaströsen Finanzmanipulationen rechnet man in Regierungskreisen nur noch mit Milliarden. Der europäische Rettungsschirm für die Gemeinschaftswährung beträgt sogar 750 Milliarden Euro. Die Bevölkerung wird zur Kasse gebeten, die Spekulanten haben sich saniert, machen weiter und baden sich in satten Gehältern, Bonuszahlungen, Abfindungen oder Renten.

Übrigens waren die Bonus-, Abfindungs- und überhöhten Gehalts- und Rentenzahlungen maroder Unternehmen an Manager, die sich auf ihre vor der Krise geschlossenen Verträge beriefen, rechtswidrig, und zwar nach §§ 242, 303 des Bürgerlichen Gesetzbuches und – soweit es sich um Aktiengesellschaften handelt – nach §§ 87, 93 und 116 des Aktiengesetzes: Das nennt sich „Störung der Geschäftsgrundlage“ oder auch „angemessenes Verhältnis“. Wenn sich also die Umstände, unter denen Verträge geschlossen wurden, wesentlich geändert haben, sind sie anzupassen oder aufzulösen (dazu mein Beitrag in der NRhZ vom 29.7.2009). Bisher ist niemand ernsthaft gegen die

Verfehlungen der Vorstände und Aufsichtsräte, denen eine Vermögensbetreuungspflicht obliegt und die haftbar sind, eingeschritten.

Zwei weitere Zahlen sollten nicht verschwiegen werden, nachdem nun wieder überall zu hören ist, die DDR sei vor ihrer Übernahme durch die reiche BRD schon bankrott gewesen. Es sind noch unvorstellbarere Zahlen als die für die Rettung der Banken und des Euro: Die Staatsverschuldung in Deutschland beläuft sich zurzeit auf die Summe von rund 1.800 Milliarden Euro, das sind also 1,8 Billionen. Und die Staatsverschuldung der USA beträgt sogar mehr als 13,6 Billionen Dollar. (Der ehemalige Diplomat Ralph Hartmann widerlegt übrigens die Behauptung vom seinerzeit angeblich bevorstehenden Staatsbankrott der DDR in seinem Buch Die DDR unterm Lügenberg, Ossietzky Verlag 2008).

Das ist die Wirklichkeit in der wir heute leben. Immer noch wird auf der Leiche des „realen Sozialismus“ herumgetrampelt, ohne Alternativen zum „realen Kapitalismus“ auch nur zu erwägen. Weitgehend verschwiegen wird bis heute, dass Lafontaine sich 1998 und 1999 als Finanzminister vergeblich bemühte, das europäische Lohn-, Steuer- und Sozialdumping zu verhindern. Außerdem beabsichtigte er die Finanzmärkte zu regulieren und die Währungsspekulationen zu unterbinden, wofür er in der Folgezeit nach seinem Rücktritt verteufelt wurde.

Eine Anmerkung noch aus meiner Sicht als Schriftsteller: Bis 1990 gab es in der Bundesrepublik eine finanziell verhältnismäßig gut dastehende Kulturszene. Es gab zahlreiche – auch linke – Kulturinitiativen, Kommunikations- und Kulturzentren, Stadtteil- und Schulbibliotheken usw. Außerdem gab es eine recht aktive linke Verlags-, Medien- und Buchhandelsszene. Das hat sich grundlegend geändert. Die „Konkurrenz der Systeme“ ist weggefallen und es ist kein Geld mehr für diese Art von Kultur da. Die Zahl der Autorinnen und Autoren hat sich 1990 durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten deutlich erhöht, die zur Verfügung stehenden Gelder wurden jedoch nicht angeglichen, sondern in den folgenden Jahren ständig gekürzt, und zwar bereits vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Situation hat sich noch verschärft durch den fortschreitenden Kultur-, Bildungs- und Sozialabbau seit Beginn der Krise. Da geht es den Kreativen nicht anders als der übrigen Bevölkerung – soweit es sich nicht um die Spekulanten, Absahner, Politikerdarsteller und das sonstige Packzeug handelt, dass sich auf Kosten der breiten Bevölkerung die Taschen füllt. Für sozial Schwache, für Kultur und Bildung ist kein Geld da, die Zahl der Leiharbeiter und Hartz-IV-Empfänger wächst. Zugleich hören wir, dass die Finanzspekulationen weitergehen, dass zum Beispiel Manager der heruntergewirtschafteten und staatlich gestützten Banken nach wie vor Gehälter in zum Teil zweistelliger Millionenhöhe erhalten. Die verstaatlichte Hypo Real Estate Bank verteilt 25 Millionen als Boni an ihre Mitarbeiter, sie zahlt Jahresgehälter von jährlich 500.000 Euro und bewilligt Rentenansprüche für kurzfristige Vorstandstätigkeiten von monatlich 20.000 Euro. Und damit sind wir wieder bei der Frage, ob wir 20 Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten einen Grund zum Feiern haben. Aber das ist die falsche Frage. Meinetwegen kann gefeiert werden, aber die richtige Frage lautet: Leben wir noch in einer Demokratie? Oder vielmehr in einer Staatsform, die nach dem negativen Vorbild der römischen Dekadenz Plutokratie genannt werden kann, also Herrschaft des Geldes, der Besitzenden, des Kapitals? Das ist die richtige Frage, die auch in den Medien gestellt werden müsste. Stattdessen werden wir mit Nebensächlichkeiten abgelenkt und beschäftigt, zum Beispiel mit den Überlegungen eines Herrn Sarrazin oder einer Frau Steinbach, mit Geträller, blödsinnigen Talkshows und anderem Irrsinn.

Offener Brief der Redical [M] anlässlich der Absage des Aktionstages gegen Sozialabbau am 30. Oktober 2010 seitens der DGB-Gewerkschaften und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Göttingen

Göttingen, den 29. Oktober 2010

Liebe Kolleginnen und Kollegen bei den Gewerkschaften,

wir begrüßen Euren offensiven Schritt, nicht gemeinsam mit den Agenda2010-Parteien gegen ihr eigenes Projekt aufzutreten. Mit der SPD ist keine Opposition zu machen. Das zeigt ihre Zahnlosigkeit

bei der Erhöhung der Hartz4-Regelsätze: Wie sollten sie sich auch groß beschweren, dass die Erhöhung einer Zahl, die sie selbst ausgerechnet haben, zu niedrig ist? Der alte Mann SPD hat sich endgültig historisch widersprochen.

Sein bester Freund von früher, also Ihr, ist ihm überdrüssig. Denn die Situation hat sich geändert: Das gemeinsame politische Projekt, die Sozialpartnerschaft, bot lange einen Grund für moderate Stimmung in den Ortsvereinen; man war sich sicher, dass man sich sicher war. Heute, ein paar Jahre später, ist jedem klar, dass das Projekt einseitig beendet ist. Die SPD ist nicht mehr eine Partei des gemütlichen Rheinischen Kapitalismus; sie ist die Partei des Exportweltmeisters. Die neuen alten Regeln hat sie sich längst zu eigen gemacht. Keine Sekunde zögerte sie, Millionen ihrer ehemaligen Anvertrauten finanziell zu ruinieren und sie dann noch öffentlich bloßzustellen. Das ist Hartz4: Die Erschaffung einer Lazarusschicht durch die Partei des Proletariats. Natürlich hat sie dies nicht aus reiner Bosheit getan. Ihre Absichten sind vielmehr die besten. Der Deutschland-Konzern will die anderen Standorte niederkonkurrieren, d.h. erfolgreich sein. Dafür braucht er Arbeit von guter Qualität - und das ist: billige Arbeit.

In der goldenen Ära der Sozialpartnerschaft ging es aber vordergründig nicht um billige Arbeit, jedenfalls nicht in anständigen deutschen Betrieben. Es ging um sichere Arbeit. Solange Wachstum das Anwachsen des Maschinenparks meinte, konnten sich alle drei Beteiligten, das Kapital in der Rolle des Arbeitgeberverbandes (wie überaus spendabel das schon klingt), die Gewerkschaften und die Bonner Politik sich des jährlichen maßvollen Abschöpfens des gemeinsamen Fleischtopfs gewiss sein. Heute ist man zum Kannibalismus übergegangen.

Der Unterschied zwischen einträchtigem Käsefondue zu Sylvester und Wilderei bei der eigenen Art ist dabei seit je der zwischen Fressen und gefressen werden: Es ist ein Gesellschaftsspiel. Heute ist Arbeit ein Maß dafür, wie noch in die kleinsten Details hinein fremdbestimmt unsere Tätigkeiten sind. Noch nie ist Arbeit ein Mittel zur menschlichen Beglückung gewesen (laborare: lat. arbeiten, leiden unter...). Heutzutage scheint sie auf einmal die einzige Quelle gerechter Freude zu sein. Aus dem Zwang zur Lohnarbeit wird der Zwang zur Selbstverwirklichung. Am grundsätzlichen Verhältnis, dass wer nicht arbeiten auch nichts essen kann, ändert das nichts. Es ist nur ein neuer Text, den die Gesellschaftsmaschine ausgespuckt hat. Humankapital ist noch so eins: Nur ein anderes Wort dafür, dass wir längst auch wie Maschinen denken (bzw. acht Stunden täglich der DIN-Norm unterworfen sind). Als LohnarbeiterInnen sind wir auch nicht freier als eine Maschine. Übrigens auch nicht als Manager. Wer da frisst, das ist ein anonymer Prozess an dem wir alle beteiligt sind: Aus Geld mehr Geld machen. Dass Menschen andere Menschen für sich arbeiten lassen, ist die Basis dieses Prozesses. Es wird nur der reich, der arbeiten lässt. Der Staat hat ein Interesse daran, dass dieser Prozess möglichst ungestört sich vollziehen kann. Für die Lohnabhängigen entpuppt sich diese Situation als Zwickmühle. Viele hassen das frühe Aufstehen und was folgt noch mehr. Es ist aber gleichzeitig die einzige Möglichkeit - Kapital haben sie ja nicht -, den eigenen Arsch ins Trockene zu hieven. Für viele liegt es nahe, diese Zwickmühle zu einer Schicksalsgemeinschaft aufzublasen. Humankapital misst daher auch, wie sehr sich die Belegschaft eines Standorts mit diesem identifiziert.

Der Standort, dessen Faktor Arbeit Ihr einmal zusammengerauft hattet - freilich unter das Dach der freiheitlich demokratischen Grundordnung -, hat sich seines gekauften Gewissens entledigt. Man braucht Euch heute mehr denn je als kooperierende Partner, nur das nichts mehr für Euch dabei rausspringen soll. Unter solchen Bedingungen noch auf Befriedung zu setzen, entfremdet zusehends die - potentielle - Mitgliedschaft von den Gewerkschaften. Wir verstehen, dass Ihr Euch das langsam nicht mehr gefallen lassen könnt. Was ihr wollt, könnt Ihr heute nur noch ohne den Staat haben. Dummerweise sieht Euer eigener Apparat dem Staat zum verwechseln ähnlich. Man weiß ja, dass sich Partner mit der Zeit ähnlich werden.

Partner trennen sich aber auch wieder. Je länger man zusammen war, desto schwieriger die Trennung. Wenn Ihr aber, so denken wir, auf einer Sitzung plötzlich das Gefühl bekommt, dass Ihr es wirklich frustrierend findet, mit dieser Partei immer um vier Euro streiten zu müssen und dies fast Eure ganze Energie frisst, dann ist es doch vielleicht besser, getrennte Wege zu gehen. Und das bedeutet auch, mit Grundlegendem zu brechen. Das bedeutet, die Sozialpartnerschaft zu beenden und als Gewerkschaft wieder einen klar linken Standpunkt zu beziehen. Das heißt, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, sich vor solche zu stellen, die Pech gehabt haben; dem Chef ins Gesicht zu

sagen, dass wir nicht hier sind, weil es uns Spaß macht; sich nicht den Kopf einer Ordnung zu zerbrechen, die sich als einzige Katastrophe erweist und wieder erweist. Dafür, das sehen wir ein, muss man sich organisieren.

Wir sind an Eurer Einschätzung interessiert, nicht zuletzt, weil wir selbst gern wieder Visionen hätten. Wir halten daher einen kontroversen Dialog mit Euch für notwendig.

Mit solidarischen Grüßen,

Redical[M]
c/o Roter Buchladen
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen

Mail: redical@ymail.com - Web: redical.org